



Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
kontakt@berliner-frauenbund.de
www.berliner-frauenbund.de

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 26.2.2026

Newsletter des BFB 1945 e.V. – Februar 2026

Vorwort

- I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin**
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter**
- IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischem Umfeld**

Liebe Engagierte im Frauen*- und Gleichstellungsbereich, liebe Engagierte für eine solidarische Gesellschaft für Alle,

am 27. Februar 2026 begehen wir den Equal Pay Day unter dem Motto „equal pay every day“ und am 1. März 2026 den Equal Care Day – beides Daten, die auf die zutiefst ungerechte strukturelle Ungleichheit zwischen Frauen und Männern hinweisen. Der Equal Pay Day spricht über Geld, der Equal Care Day über das, was in keiner Lohnabrechnung auftaucht: unbezahlte Sorgearbeit – eine überwiegend von Frauen geleistete Arbeit, die unsere Gesellschaft am Laufen hält. Fakt ist, wer mehr Sorgearbeit übernimmt, arbeitet häufiger in Teilzeit, steigt später wieder ein, verdient weniger und sammelt weniger Rentenansprüche – **über den Lebenslauf ein Armutsrisiko**. Es braucht dringend **wirksame Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Ungleichheiten bei Entgelt und Sorgearbeit**. Gleiche Bezahlung und faire Verteilung von Sorgearbeit sind zentrale Voraussetzungen für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft für alle.

Laut dem [Amt für Statistik Berlin-Brandenburg](#) beträgt der **Gender Gap** auf dem Arbeitsmarkt (bestehend aus den Indikatoren Gender Pay Gap, Gender Hours Gap und Gender Employment Gap) im Jahr 2025 in Berlin 23 Prozent und in Brandenburg 22 Prozent – bundesweit liegt dieser bei 37 Prozent. So sehr es mich freut, dass die Berliner Metropolregion rund 15 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt liegt – beides ist viel zu viel. In Euro ausgedrückt: In Berlin

verdienten Frauen im Durchschnitt 2,87 Euro (brutto stündlich) weniger als Männer, was einer Lohnlücke von 10 % entsprach - eine schreiende Ungerechtigkeit von mehreren Tausend Euro im Jahr schon in Berlin und eine noch größere im ganzen Bundesgebiet.

Wir müssen beide Tage in einem Kontext sehen: Die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit führt zu ungleichen Einkommen und umgekehrt. Wir müssen über **Lohngerechtigkeit UND über Zeit, Verantwortung und mentale Last** reden. Wir müssen reden über die **Neu-Bewertung von Arbeit**: Was sind „produktive“ Tätigkeiten? Warum ist Fürsorge oft privat, weiblich und unsichtbar, während Erwerbsarbeit öffentlich, messbar und bezahlt ist?

Ein wichtiger Schritt zu Veränderungen ist die **Umsetzung der Europäischen Entgelttransparenzrichtlinie**. Diese Richtlinie muss bis Juni 2026 in nationales Recht überführt werden und verpflichtet Arbeitgebende u.a. dazu, Gehaltsspannen bereits im Bewerbungsverfahren offenzulegen und geschlechtsspezifische Lohnunterschiede transparent zu machen. Entscheidend sind auch Kontrollen und Sanktionen. (Weitere Infos vgl. Newsletter Dezember und die **Veranstaltung „Zwischen Anspruch und Ausrede. Deutschland am Scheideweg zu echter Lohngerechtigkeit?“ - Wird Deutschland die Chance auf echte Lohngerechtigkeit nutzen oder politisch verspielen?“ am 06. März 2026, 18:00 – 20:00 Uhr im Emma-Ihrer-Saal im Rathaus Pankow; [weitere Infos und Anmeldung](#) hier.)**

Ich begrüße den [Offenen Brief](#) von knapp 200 Unternehmen, die von der Bundesregierung fordern, dass die **Integrationskurse auch in 2026 für über 100.000 Menschen, die freiwillig Deutsch lernen wollen, die arbeiten und Teil unserer Gesellschaft werden wollen, weiterfinanziert werden**. Wir wissen doch alle: **Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe!** Mit dem [„Sofort-in-Arbeit-Plan“](#) sollen Menschen zwar schneller arbeiten dürfen, aber der Zugang zu Integrationskursen wird ihnen entzogen. Sie sollen funktionieren, ohne die Grundlage dafür zu bekommen. Wer Arbeitsmarktintegration fordert, muss auch ermöglichen, dass Menschen die Sprache lernen können. Ohne Sprachkurse wird Integration verzögert, Fachkräfte fehlen länger, und Menschen bleiben unnötig auf Unterstützung angewiesen, obwohl sie arbeiten wollen. Ich bitte darum, den [Appell](#) zu unterzeichnen.

Aufrüttelnd sind die **Ergebnisse der [LeSuBiA-Dunkelfeld-Studie](#)**.

Partnerschaftsgewalt kommt rund zwanzigmal häufiger vor als angezeigt, das Anzeigeverhalten liegt unter fünf Prozent. Jede fünfte betroffene Frau hat Angst um ihr Leben, jede siebte erlebt sexualisierte Gewalt. Besonders betroffen sind jüngere Frauen sowie Frauen mit Migrationsgeschichte. Kritisch zu erwähnen ist, dass z.B. gleichzeitig gravierende Datenlücken etwa in Bezug auf Menschen mit Beeinträchtigungen, wohnungslose Menschen oder TIN*-Personen ohne festen Wohnsitz bestehen. Fakt ist: **Wir brauchen verbindliche Prävention, verlässliche Schutzstrukturen, eine bessere Datengrundlage und eine politische Priorisierung auf Bundes- und Landesebene.**

Geschlechtsspezifische Gewalt ist Ausdruck struktureller Ungleichheit – und strukturelle Ungleichheit verlangt bundesweit strukturelle Verbesserungen und politische Teilhabe auf allen Politikebenen.

Ich danke für die klaren Worte des Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK), des Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb) und der Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in ihrer gemeinsamen [Pressemitteilung](#) und unterstütze die Forderung nach **Einberufung einer nationalen Gewaltschutz-Konferenz**.

Ich begrüße es, dass in **Berlin das neunte Frauen- und Kinderschutzhaus** mit 26 Familienplätzen in 10 Wohnungen eröffnet wurde. Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung bereitet die Inbetriebnahme weiterer Häuser in 2026 vor. Die derzeit stadtweit 393 Familienplätze mit 859 Betten reichen noch nicht aus.

Vor diesem Hintergrund gewinnen der **Internationale Frauentag am 8. März** und der **Aktionstag für Frauenrechte am 9. März**, initiiert von „Enough! Genug!“ noch mal eine besondere Bedeutung. Lasst uns auch in Berlin am 8.3.2026 zahlreich auf die Straße gehen. Die [Demo „feministisch, solidarisch, gewerkschaftlich“](#) startet um 11.30 Uhr am Oranienplatz und endet ca. 16 Uhr vor dem Roten Rathaus. **Aktionen am 9. März, dem Aktionstag für Frauenrechte, sind [hier](#) oder auch [im taz-Interview](#) mit Adrienne Goehler oder auf WUNDERWEIB.DE im Interview „Patriarchale Strukturen überwinden – gemeinsam!“ mit [Anne Schneider](#) zu finden.**

Ich danke den **bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten** für die vielen wunderbaren Veranstaltungen im Kontext **der bezirklichen „Frauenmärze“**. Es lohnt sich, die Veranstaltungen zu besuchen.

Auch ich möchte meine Trauer **anlässlich des Todes von Rita Süßmuth, einer Pionierin der Gleichstellungsarbeit**, bekunden. Sie hat als Bundesministerin und Bundestagspräsidentin wichtige Reformen durchgesetzt, u.a. das Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, hat sich für die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente sowie gegen die Straffreiheit bei Vergewaltigung in der Ehe stark gemacht. Sie war häufig – auch als Rednerin – auf den Veranstaltungen der Überparteilichen Fraueninitiative (ÜPFI) – Berlin, Stadt der Frauen e.V.. Mit ihrer Forderung nach Parität und Frauenquoten machte sie deutlich, dass Gleichstellung eine demokratische Kernaufgabe ist. Der [Nachruf der ÜPFI](#) als auch des [Verein Parité in den Parlamenten e.V.](#) erinnern an ein für uns alle wichtiges gleichstellungspolitisches Leben.

Unsere Trauer über den **Tod unserer langjährigen Mitfrau Uta Denzin-von Broich-Oppert** geben wir Ausdruck in einer Traueranzeige am 28.2.2026 im Tagesspiegel und unter I. (Ich bitte, den Nachruf zu lesen, siehe I.).

Ich begrüße die **Kampagne #MehrAlsGuteVorsätze** der Bundesstiftung Gleichstellung. Sich mehr bewegen, gesünder essen, weniger Zeit in den sozialen Medien verbringen – viele gute Vorsätze. Damit positive Veränderungen allerdings nachhaltig gelingen, braucht es #MehrAlsGuteVorsätze. Auch für gelebte Gleichstellung in Deutschland! Denn die Gleichberechtigung der

Geschlechter ist in unserer Gesellschaft leider noch keine Wirklichkeit. Angesichts globaler autoritärer und antifeministischer Tendenzen verweist die Kampagne #MehrAlsGuteVorsätze darauf, dass **nachhaltige Geschlechtergerechtigkeit auf verlässliche Strukturen, politische Gestaltung und fundiertes Wissen angewiesen ist. Auch das ist eine zentrale Lehre aus der Geschichte feministischer Organisation.** Auf der [Website #MehrAlsGuteVorsätze für Geschlechtergerechtigkeit](#) stehen viele sehr informative Artikel zu den Themen Beschäftigung/Arbeitsmarkt, Sorgearbeit und Sexismus/Antifeminismus/Gewalt.

Mehr als gute Vorsätze bietet **der im April 2026 startende neue Lehrgang „Die Löwin – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben“.** Das Weiterbildungsprogramm „Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben“ (kurz: Die Löwin) ist **für Frauen entwickelt worden, die ihre Selbstwirksamkeit stärker entfalten und mit ihren Kompetenzen sichtbarer werden und sich mit Berliner Frauen aus unterschiedlichsten Berufs- und Wirkungsfeldern vernetzen wollen.**

Mit der Weiterbildung „Die Löwin“ werden Frauen ermutigt und befähigt, sich beruflich weiterzuentwickeln, sich neu zu orientieren, Leitungsaufgaben zu übernehmen bzw. ihre Führungskompetenzen zu erweitern. Wir bieten ein 1-jähriges berufsbegleitendes Training und Coaching, praxisnahe Workshops und Supervision. Besonderer Fokus liegt auf Fach- und Methodenkompetenzen für den Umgang mit den gesellschaftlich und beruflich zunehmenden dynamischen, komplexen und oft unbestimmten Transformations- und Wandlungsprozessen. **Weitere Informationen finden Sie [hier](#).** Details zum Lehrgang und zu den Aktivitäten des Löwinen-Netzwerks gibt es im Rahmen der Info-Abende (vgl. unter III, 24.03.26) . Die Löwin bietet zahlreiche Angebote an – stöbern Sie auf der [Löwinen-Website](#).

Wahlhelfende für Berlin-Wahlen am 20. September 2026 gesucht

Am 20.9. 2026 wählen die Berliner Wahlberechtigten das 21. Abgeordnetenhaus von Berlin und die 12 Bezirksverordnetenversammlungen. Damit dieses große Demokratie-Ereignis reibungslos gelingt, braucht es rund 40.000 engagierte Wahlhelfende. Erstmals dürfen 16- und 17-jährige deutsche Staatsbürger*innen, die in Berlin wahlberechtigt sind, bei diesen Wahlen mitwählen – d.h.: Diese Altersgruppe kann sich damit erstmals auch in einem Wahlvorstand für unsere Demokratie engagieren. Interessierte können sich ab sofort [online registrieren](#). Weiteres auf der [Internetseite des Landeswahlleiters](#).

Mit feministischen Grüßen

Mechthild Rawert

I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin

1. „Geschlechtervielfalt bewegt: Impulse für eine dynamische Gleichstellungspolitik“

Einen Bericht zu dieser Mitgliederversammlung am 21. Januar 2026 gab es bereits im Newsletter Januar. Nun können wir aber **auf die Präsentation „Geschlechtervielfalt bewegt - Wissenschaftliche Impulse zum Umgang mit Geschlechtervielfalt in der Gleichstellung“** unserer Referentin Dr. Leoni Linek, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Wissen, Beratung, Innovation in der Bundesstiftung Gleichstellung und auf weiterführende Links verweisen. Sie finden alles unter [Positionen](#) auf unserer Website.

2. Neujahrsempfang des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Im Mittelpunkt unseres wunderbaren Neujahrsempfangs am 18. Februar 2026 stand die Verabschiedung von vier großartigen Frauen, die stets verlässlich die Werte und Haltungen des BFB 1945 e.V. vertreten haben und durch ihren Einsatz in den Projekten geholfen haben, das Leben vieler Berliner*innen zum Positiven zu wenden. Verabschiedet wurden:

- **Helga Krull**, die nach Jahrzehnten erfolgreicher Arbeit als verantwortliche Projektleiterin des [„Großelterndienst – Enkel dich fit“](#) in den Ruhestand geht. Helga verabschiedete sich mit einer umfangreichen Präsentation über die Projektgeschichte, Ziele, Erfolge und Ausblick auf die Zukunft
- **Susanne Kaszinski, Helga Lind** (Linda) und **Selma Yilmaz-Schwenker** von [KOBRA](#)

Susanne begann 1999 als Praktikantin, arbeitete erst als Honorarkraft und seit 2001 als Festangestellte im Team Berufsorientierung u.a. zu den Schwerpunkten berufliche Orientierung und Kompetenzen, Qualifizierung und Jobsuche, Wiedereinstieg nach Krankheit, Zusammenhang zwischen sexualisierter Gewalterfahrung und beruflicher Entwicklung, beruflicher Wiedereinstieg für Frauen mit Behinderungen, Vermeidung von Altersarmut von Rentnerinnen etc.. Eng kooperiert wurde z.B. mit LIFE e.V., dem FCZB, mit Leben nach Krebs, dem FFGZ und dem Netzwerk behinderter Frauen Berlin und dem Arbeitskreis der Neuköllner Frauenprojekte. KOBRA hatte in diesem Zeitraum drei Projekt- und vier Verwaltungsleiterinnen, neue Teamstrukturen wurden eingeführt und es verdoppelte sich nahezu die Anzahl der Kolleginnen. Seit der Coronazeit fand eine enorme digitale Entwicklung statt. Zugenommen hat aber auch der Druck: von außen wuchsen die Anforderungen nach immer mehr Zahlen, immer mehr Dokumentationen/ Evaluationen/ Kontrolle, und von innen gab es immer mehr Aufgaben. Es entstand zunehmend das Gefühl von „Beratung als die schönste Nebensache der Welt“. Berufliche

Highlights waren die großartigen Kolleginnen und die Möglichkeit zur Entwicklungsmitgestaltung von KOBRA. „Ich bin sehr glücklich, dass ich bei KOBRA so lange gearbeitet habe. Es war mein absoluter Traumjob! Für die Zukunft KOBRA's wünsche ich mir

- Finanzielle Absicherung
- mehr Anerkennung durch den Senat
- Raum für Weiterentwicklung
- zufriedene Kund*innen
- zufriedene Mitarbeiterinnen.“

Linda startete am 15.10.2002 bei KOBRA und blickte auf knapp 23 ½ Jahre als Mitarbeiterin zurück. Sie betonte, dass sie trotz so mancher widriger Umstände niemals die Idee hatte, KOBRA verlassen zu wollen. Sie habe während des gesamten Zeitraumes aus vollem Herzen sagen können: „Ich habe eine gute Stelle, mache etwas Sinnvolles, arbeite mit meinem Team kollaborativ und die Arbeit fordert mich ständig heraus - ganz abgesehen von Flexibilität, Homeoffice und guter Bezahlung.“ Angesichts ihres „Ja zu KOBRA!“ fiel/fällt es ihr schwer nachzuvollziehen, warum es in den letzten 5-6 Jahren so viele Personalwechsel gab, obgleich ihrer Einschätzung nach KOBRA und der BFB 1945 e.V. ein gutes Händchen bei der Personalauswahl hat. Mitarbeiterinnen sind schließlich die wichtigste Ressource. „Ich wünsche KOBRA für die Zukunft, in ein ruhigeres Fahrwasser zu kommen. Denn es ist sehr viel Unruhe im Projekt, viele Personalwechsel und Personalausfälle durch kürzere und längere Krankheiten, Elternzeiten, Rehazeiten. ... Ich wünsche KOBRA, dass wieder mehr Ruhe einkehrt. Auch deshalb, weil viele Kolleginnen bis an den Rand der Erschöpfung arbeiten durch diesen permanenten Workload. ... Ich wünsche meinen Kolleginnen, dass die neue Projektleiterin durch ihren Hintergrund im Gesundheitsmanagement gemeinsam Methoden und Techniken entwickeln wird, damit die Mitarbeiterinnen weiterhin arbeitsfähig bleiben. Und ich hoffe, dass die neue Projektleiterin auch gut auf sich selbst achtet.“

Und was uns als Mitfrauen des BFB 1945 e.V. natürlich besonders erfreute, waren folgende Worte: „Ohne Frauenbund nix KOBRA. Und deshalb habe ich mich entschlossen, etwas zurückzugeben. Ich werde Mitglied beim Frauenbund. Hier ist mein Mitgliedsantrag!“

3. **Einladung zur nächsten öffentlichen Mitgliederveranstaltung**

Wir laden Sie herzlich zu unseren öffentlichen

Mitfrauenveranstaltungen ein. Diese finden in der Regel am 3. Mittwoch eines Monats ab 18 Uhr in unseren Räumlichkeiten in der Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin statt. Sehr gerne könnt ihr euch an den Vorbereitungen und Durchführungen der Veranstaltungen beteiligen. Die Veranstaltungen werden auf unserer [Website](#) immer noch einzeln

beworben. Dort ist dann auch rechtzeitig der jeweilige Anmeldelink zu finden.

Gender in der Klimakrise: Symbolpolitik oder Strukturfrage?

Viel zu häufig werden Gleichstellungs-, Klima-, und Sozialpolitik in eigenen Säulen betrachtet und bearbeitet. Dabei weisen Forschung und auch der Vierte Gleichstellungsbericht (2025) "Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation" verstärkt darauf hin:

Klimawandelfolgen und Klimapolitiken wirken nicht im sozialen Vakuum. Sie treffen auf ungleiche Einkommensstrukturen, ungleich verteilte Sorgearbeit und ungleiche Repräsentation in Macht- und Führungspositionen. Geschlecht ist dabei keine isolierte Kategorie, sondern Ausdruck tiefer liegender sozialer, ökonomischer und politischer Machtverhältnisse.

Die Veranstaltung diskutiert, wie Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik integriert werden können, um bestehende Ungleichheiten nicht zu verschärfen. Wir wollen uns der Verschränkung klimasozialer Fragen aus beiden Richtungen (Klima- und Gleichstellungspolitik) nähern und vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen kritisch diskutieren.

wann: **18. März 2026, 18 – 21 Uhr**
Vortrag und Diskussion (ca. 90 min) mit anschließendem
abendlichen Ausklang

wo: **Berliner Frauenbund 1945 e.V.**, Ansbacher Str. 63, 10777
Berlin (die Räumlichkeiten sind leider nicht barrierefrei)

Anmeldung für Präsenz – für bis zu 35 Personen möglich - unter:
<https://berliner-frauenbund.de/events/>

(Aufgrund der begrenzten Plätze bitten wir Angemeldete, die doch nicht kommen können um Absage unter: kontakt@berliner-frauenbund.de)

Online-Teilnahme: Sollte es Ihnen nicht möglich sein, persönlich an der Veranstaltung teilzunehmen, haben Sie die Gelegenheit, den Vortrag online zu verfolgen. Die digitale Teilnahme ist über folgenden Link möglich: <https://eu02web.zoom-x.de/meetings/69072069562/invitations?signature=CY6VPpS3k6EOpVwG5Q7MqjyBEe8IxZIIxO25uhZseMs>

Bitte beachten Sie, dass die anschließende Diskussionsrunde aus technischen Gründen nicht online übertragen werden kann. Wir bitten hierfür um Ihr Verständnis.

Weitere Informationen zu den Referent*innen und auch zum Thema werden ab Anfang März auf unserer [Website](#) stehen.

4. Save the Date: übernächste öffentliche Mitgliederversammlung des BFB 1945 e.V.

15.4.2026 Ökonomische Unabhängigkeit: Vereinbarkeit von Beruf und
Pflege im Lebensverlauf

Wer diese Veranstaltung mitgestalten möchte, melde sich bitte zu melden
unter kontakt@berliner-frauenbund.de .

5. Trauer ob des Todes von Uta Denzin-von Broich-Oppert

In tiefer Trauer und großer Dankbarkeit verabschieden wir uns von

Uta Denzin-von Broich-Oppert
verstorben am 11. Februar 2026

Uta war eine wahrhafte Demokratin und engagierte Feministin. Mit großem Herzen und scharfem Verstand kämpfte sie gegen soziale Ungleichheit und für die Gleichstellung der Frauen in ihrer Vielfalt in allen Lebensbereichen. Eine ihrer herausragenden Fähigkeiten war es, Konflikte früh zu erkennen, auszugleichen und eine gesichtswahrende Lösung für Alle zu erzielen. Sowohl im Berliner Frauenbund wie auch in der Überparteilichen Fraueninitiative war sie jahrzehntelang aktive Mitstreiterin, in der ÜPFI auch langjährige Vorstandsfrau. Hartnäckig und kreativ gelang es ihr, dass genderrelevante Themen eine breitere Öffentlichkeit erreichten. Wir sind froh, dass sie 2019 mit der Louise-Schroeder-Medaille für ihr Engagement für Demokratie, Teilhabe, Chancengleichheit und Gleichstellung ausgezeichnet wurde.

Wir werden im Sommer **ein Erinnerungsfest für Uta** organisieren.
Interessierte melden sich unter kontakt@berliner-frauenbund.de

Im Namen vieler Mitstreiterinnen

Carola von Braun, Ehrenmitglied - für den Vorstand der Überparteilichen Fraueninitiative - Berlin, Stadt der Frauen e.V.

Mechthild Rawert, Vorsitzende des Berliner Frauenbundes 1945 e.V.

*Die Trauerfeier findet zu einem späteren Zeitpunkt im engen Familienkreis statt. Im Sinne von Uta bitten wir anstelle von Blumen um eine **Spende** an die Überparteiliche Fraueninitiative e.V.: IBAN: DE71 3702 0500 0003 3988 01*

II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist dauerhaft Mitglied verschiedener Bündnisse, Netzwerke und Verbände. Diese sind unerlässlich, um Forderungen solidarisch und mit größerem politischem Druck zu transportieren. Desweiteren werden vorübergehende Zusammenschlüsse mit Partner*innen eingegangen, um als starke Lobby-Gruppe zu agieren.

1. Bündnis für geschlechtergerechte Arbeitsplatzbewertung

Das „Bündnis für geschlechtergerechte Arbeitsbewertung“ hat sich hinsichtlich der **Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie (ETRL) an Dr. Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission**, gewandt. Das Bündnis für geschlechtergerechte Arbeitsplatzbewertung ist ein Zusammenschluss von Organisationen und Personen aus (Arbeits-)Wissenschaft, Gewerkschaften, Gleichstellungspolitik, Praxisprojekten und Zivilgesellschaft. Gemeinsam setzt sich das Bündnis dafür ein, dass Entgelt- und Arbeitsbewertungssysteme so weiterentwickelt werden, dass sie diskriminierungsfrei, intersektional sensibel und zukunftsfest werden. Im Mittelpunkt steht der Abbau der strukturellen Unterbewertung von Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden – etwa in Sorge-, Pflege-, Bildungs- und Dienstleistungsberufen – sowie die faire Anerkennung emotionaler, sozialer und koordinierender Arbeitsanforderungen.

Das Bündnis sieht in der jetzigen Umsetzungsphase der ETRL ein äußerst wichtiges Zeitfenster, um dieses Anliegen in praktische Arbeitspolitik zu überführen. Der Widerstand aus der Arbeitgebendenseite ist bekannt: in Deutschland sowie auf EU-Ebene. **Verwiesen wird aber auch auf eine Studie, die eine mehrheitlich positive Aufgeschlossenheit von Unternehmen belegt:** Prof. Dr. Jutta Rump / Anna-Maria Ogermann, im Dezember (2025) [EU-ENTGELT-TRANZPARENZRICHTLINIE STATUS QUO UND HANDLUNGSFELDER](#)

Das Bündnis unterstützt die bereits in diesem Sinne gesendeten Briefe von BPW (Business und Professional Women) und der „Berliner Erklärung“ und bittet Frau von der Leyen, weiterhin darauf hinzuwirken, dass die Kommission die Kernbestandteile der Richtlinie beibehält und die Richtlinie nicht in ein Omnibusverfahren aufgenommen wird. Statt die Wirkung der Richtlinie durch Streichung von Maßnahmen zu schwächen, ist es sinnvoller, unterstützende digitale Tools zur Umsetzung für die Unternehmen zu entwickeln.

2. Berliner Begleitausschuss

Im Februar-Newsletter geben wir allgemeine Informationen. Wahrscheinlich im März-Newsletter informieren wir über die Eindrücke von Renate Wielpütz, für den BFB 1945 e.V. Mitglied im Berliner Begleitausschuss.

• Die Zukunft der Kohäsionspolitik und der ESF

Zwei Linien prägen momentan den Diskurs über die kommende Förderperiode: Die erste Linie bezieht sich auf die grundlegende Kritik, die dem Zuschnitt der künftigen Förderstruktur gilt, allem Voran die Ausrichtung der Nationalen Regionalen Rahmenpläne (NRPP) auf nationaler Ebene im Mehrebenensystem der Europäischen Union. Die Klage des Bundesrats vom vergangenen Oktober steht stellvertretend für zahlreiche kritische Stimmen.

Die zweite Linie ist durch eine Vielzahl an Debatten, Kommentaren und Stellungnahmen zu den Entwürfen (v.a. Verordnung) geprägt. Diese Arbeitspapiere sind hilfreich, um die komplexen Veränderungen der Zielarchitektur zu verstehen. Die Messen sind zwar noch lange nicht gesungen, aber es ist immer gut zu wissen, welche Lieder es gibt.

In einer aktuellen [Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses \(EWSA\)](#) zur Einrichtung des Europäischen Sozialfonds als Teil des Plans für national-regionale Partnerschaften (NRPP) betonen die Ausschussvertreter*innen, wie wichtig es ist, den Grundsatz der Geschlechtergleichstellung zu fördern und bei der Verwendung sämtlicher Mittel die Einhaltung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sicherzustellen. Ebenso sollte laut EWSA der geplante Mittelansatz für die soziale Inklusion von derzeit 25% auf 30% angehoben werden.

- **Rote Linien der Freien Wohlfahrtspflege für die Verhandlungen auf EU-Ebene**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege wies bereits im November letzten Jahres in ihrer [Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik 2028-2034](#) auf vier zentrale Haltlinien, um wichtige förderpolitische Standards im Rahmen der ESF-Förderung aufrecht zu erhalten.

3. Auflösung des Deutschen Frauenring e.V. (DFR)

Mit großem Bedauern haben wir die Auflösung des 1949 gegründeten Bundesverband Der Deutsche Frauenring e.V. (DFR) vernommen. Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. war in den ersten Jahrzehnten Mitglied. Die Gründe dieser Entscheidung sind auf der [DFR-Website](#) veröffentlicht. Die Orts- und Landesverbände bleiben davon unberührt und bestehen weiterhin – allerdings laut Website nicht in Berlin. Ich danke für den Optimismus: „Feministische Arbeit braucht Räume – und sie findet neue Wege.“

4. Begleitgruppe Doppelhaushalt

In dieser selbstorganisierten Gruppe arbeiten Projektleiterinnen und Trägervertreterinnen öffentlich geförderter arbeitsmarktpolitischer Projekte zusammen. **Ziel ist der gegenseitige Austausch und die Stabilisierung der Berliner Frauen(projekte)infrastruktur.** Ein großes Thema ist derzeit die Ankündigung der Abt. Frauen- und Gleichstellung, SenASGIVA, **Interessensbekundungsverfahren auch im arbeitsmarktpolitischen Frauenprojektebereich** implementieren zu wollen. Vorreiterinnen ist das „Interessensbekundungsverfahren zur Eröffnung einer Fachberatungsstelle bei Sexualisierter und Häuslicher Gewalt“ bzw. das „Interessensbekundungsverfahren für die Konzeption und Durchführung von Schulungen und technischer Fallberatung zu digitaler Gewalt für Fachkräfte in Frauenhäusern und Fachberatungsstellen sowie zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen bei digitaler geschlechtsspezifischer Gewalt im Land Berlin“. Beide sind [hier](#) zu finden. Weitere Infos sind künftig ggf. veröffentlicht unter: Interessensbekundungsverfahren - Berlin.de .

Diskutiert wird immer wieder auch über die verabschiedeten Haushaltspläne für den Doppelhaushalt 2026/2027. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat die verabschiedeten Haushaltspläne für die jeweiligen Senatsverwaltungen und die Bezirke für den Doppelhaushalt 2026/2027 veröffentlicht:

- [Haushaltspläne der Senatsverwaltungen \(1 bis 14 + Nachtragshaushalte\)](#)
- [Haushaltspläne der Berliner Bezirke](#)

5. Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Wir danken dem Team von „My Voice, My Choice“, die am 26.2.2026 dank ihrer Petition, die von 1,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger unterzeichnet wurde, für ihr unvermögliches Engagement. Am 26.2.2026 haben sie einen Sieg errungen für ein demokratisches Europa.

Zum ersten Mal bestätigt die Kommission unmissverständlich, dass **EU-Mittel verwendet werden können, um den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten – insbesondere für Frauen in prekären Situationen, unabhängig davon, woher sie in Europa kommen.** Damit wird zweifelsfrei festgestellt, dass der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen eine Frage der öffentlichen Gesundheit und der sozialen Gerechtigkeit ist und dass die Europäische Union sowohl die Kompetenz als auch die Verantwortung hat, zu handeln. Die Kommission kam in ihrer Entscheidung zu dem Schluss, dass das Ziel unserer Initiative am besten durch eine Finanzierung aus dem ESF+-Programm erreicht werden kann. Wir freuen uns besonders, dass der Mechanismus nicht nur für die Finanzierung der medizinischen Leistungen, sondern auch für die Reisekosten in notwendigen Fällen genutzt werden kann. Dies ist besonders wichtig in lebensbedrohlichen Situationen, in denen dringende Hilfe und Transport erforderlich sind. Wir sind nur enttäuscht, dass bisher keine Zusage für zusätzliche finanzielle Mittel gemacht wurde. Gemeinsam mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus verschiedenen Fraktionen haben wir die Kommission aufgefordert, unsere Vorschläge für zusätzliche zweckgebundene Mittel zu unterstützen. Wir haben die Kommission außerdem aufgefordert, schnell zu handeln, um die Forderungen des Beschlusses umzusetzen: den Mitgliedstaaten klare Anweisungen zu geben, wie sie mit EU-Mitteln sichere Abtreibungsdienste anbieten können, und eine Informationsplattform für Patientinnen einzurichten.

Die Mitgliedstaaten können nun EU-Mittel einsetzen, um den Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungsdiensten für diejenigen zu gewährleisten, denen dieses Grundrecht noch immer verwehrt wird. Die EU-Länder müssen nun den eingeschlagenen Weg weitergehen.

III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
1.3.2026	Equal Care Day	
2. März, 17.30 Uhr, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17 (Haus 1)	Parität für Berlin! Wie kann ein Paritätsgesetz für Berlin gelingen? 50 – 50 der Geschlechter in den Parlamenten! Diese Forderung - menschenrechtlich, gesellschaftlich und politisch geboten - ist in Berlin erneut hochaktuell. Ein jüngst von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung beauftragtes Gutachten von Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf und Prof. Dr. Hubertus Gersdorf legt dar: Juristisch lässt sich ein Paritätsgesetz für Berlin klar begründen! Im Jahr der Wahl zum Abgeordnetenhaus wird in der Stadt intensiv politisch verhandelt, welchen Weg Berlin in den kommenden Jahren einschlagen wird. In einem gesellschaftlichen Klima, das Rückschritte bei den Frauenrechten begünstigt, könnte Berlin als „Stadt der Frauen“ voranschreiten und weiterhin in Deutschland fortschrittlicher Gesellschafts- und Politikentwürfe umsetzen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern sowie eine pragmatische Einbindung von Personen ohne Geschlechtsangabe ist jedoch bei Weitem nicht nur juristisch zu beantworten. Ein Paritätsgesetz für Berlin wird durch politische Handlungsspielräume ermöglicht, die sich im Wahljahr und in Folge der Wahl zum Abgeordnetenhaus ergeben werden.	Hier geht es zu weiteren Infos, zum Programm und zur Anmeldung https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/288697?utm_campaign=news.spd.berlin&utm_content=DB&utm_medium=nl&utm_source=nl
3.3. um 19 Uhr Online Link: https://teams.microsoft.com/join/31450500851191?p=wF33ZL8AsJlBpxF3ne Besprechungs-ID: 314 505 008 511 91	Female Money Zum Weltfrauentag stellen wir die Frage nach dem Geld. Frauen und Männer sind nicht gleichberechtigt in Deutschland. Das gilt auch für die materielle Seite. Der Finanzsektor ist männlich dominiert. Das führt dazu, dass Finanzen und Wirtschaft so gelebt und gesteuert werden, dass es negativ für Frauen ist und allzu häufig	

Passcode: 4a7P2zn9	ihre Interessen nicht berücksichtigt werden. Dabei wäre materielle Gleichstellung nicht nur für Frauen wichtig, sondern gleichzeitig auch eine Chance für die Wirtschaft. Eine der besten Ökonominen Deutschlands Philippa Sigl-Glöckner zeigt auf, wo wir gerade stehen und was wir besser machen könnten. Moderation: Ulrike Häfner, undesvorsitzenden der SPD Frauen, und Carmen Wegge, MdB	
Mi, 4. März 2026 Beginn: 11:15 Uhr Ende: 15:00 Uhr Haus der Evangelischen Kirche in Berlin, Charlottenstraße 53/54, 10117 Berlin	Engagementpolitik für ein starkes Ehrenamt: Aufbruch mit neuen Partnern In der aktuellen Legislaturperiode hat sich die Bundesregierung nicht nur einen „Zukunftspakt Ehrenamt“ im Koalitionsvertrag vorgenommen, sondern auch neue Strukturen und Akteur*innen in Parlament und Regierung geschaffen. Ein ordentlicher Ausschuss für Sport und Ehrenamt im Bundestag und eine Staatsministerin für Sport und Ehrenamt, die im Bundeskanzleramt eine koordinierende Rolle übernimmt, bieten Chancen für das Thema, die so bisher nicht bestanden.	Mehr zum Programm und zur Anmeldung unter https://pretix.eu/DSEE/EfesE-26/
04.03.2026 von 12:00 - 13:30 Uhr digitale Infosession	Lunch & Learn: DEI-Befragungen in Unternehmen So wird Vielfalt messbar! Wir teilen konkrete Tipps, was Unternehmen bei ihren Diversity-Umfragen beachten und was sie vermeiden sollten.	Anmeldung https://eveeno.com/298559956
4. März 2026 um 13:00 Uhr	Gleichstellungs-Lunch der Bundesstiftung Gleichstellung zum Thema „Der Gender Pay Gap unter der Lupe“ Bis zum 27. Februar (Equal Pay Day) dieses Jahres wurden Frauen im Vergleich zu Männern rechnerisch nicht für ihre geleistete Erwerbsarbeit entlohnt, denn der Gender Pay Gap in Deutschland beträgt ganze 16 Prozent. Schaut man genauer hin, stellt man fest, dass nicht alle den Equal Pay Day am gleichen Tag „feiern“ können – abhängig etwa von der Herkunft, dem Wohnort, dem Alter oder der beruflichen Stellung der Frauen könnte der Equal Pay Day noch weiter hinten im Jahr liegen. Lasst uns daher gemeinsam am 4. März beim Gleichstellungs-Lunch auf	Anmeldung https://fc4d2438.sibforms.com/serve/MUIFAlefBt10VSyvWhhDgYPT_TS44Puhyc-i2A5yq9hdFvucOrkfjNPJqD3GDEmCxVp3GRXqhQGN07NWAk1oOCtKQ8eOc824pgOwJmJneJFCLdOHZ72xFzg3k281L_sDSqRYDK0S53sja7ZGCFIsycWGt0t2IX5ggcg9FiD1ZvCkT7srZJkNyoRRESarltK_tzy8FqYKGrDzsl

	einige Gender Pay Gaps schauen und so das Zusammenwirken von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen mit anderen sozialen Machtverhältnissen sichtbar machen.	
06. März 2026 18:00 – 20:00 Uhr, anschließend Get-Together Emma-Ihrer-Saal im Rathaus Pankow, Breite Straße 24a– 26, 13187 Berlin	Equal Pay Day 2026: „Zwischen Anspruch und Ausrede. Deutschland am Scheideweg zu echter Lohngerechtigkeit?“ Wird Deutschland die Chance auf echte Lohngerechtigkeit nutzen oder politisch verspielen? Dieser Frage widmet sich diese Podiumsdiskussion. Am 27. Februar erinnert der Equal Pay Day daran, dass Frauen in Deutschland immer noch deutlich weniger verdienen als Männer. Mit einem unbereinigten Gender Pay Gap von 16 % liegen wir weiterhin deutlich über dem EU-Durchschnitt von 12 %. Länder wie Schweden, Dänemark, Frankreich oder Spanien zeigen seit Jahren, dass verbindliche Entgeltanalysen, Berichtspflichten und klare Durchsetzungsmechanismen wirken. Die EU- Entgelttransparenzrichtlinie ist seit 2023 in Kraft und muss bis zum 7. Juni 2026 in deutsches Recht umgesetzt werden. Sie bietet die Chance, das bislang als unzureichend geltende Entgelttransparenzgesetz grundlegend zu verbessern. Doch statt konsequenter Schritte wurde bislang nur eine Kommission zur „bürokratiearmen Umsetzung“ eingesetzt. Deutschland läuft Gefahr, die Richtlinie so abzuschwächen, dass echte Veränderungen ausbleiben. Darüber diskutieren wir mit folgenden Gästinnen: Heide Pfarr, Ehrenmitglied des Deutschen Juristinnenbundes Micha Klapp, Staatssekretärin für Arbeit und Gleichstellung Dana Müller, Forschungsbereichsleiterin am IAB Moderation: Melike Çınar Lohngerechtigkeit kommt nicht von allein. Kämpfe mit!	Infos und Anmeldung unter https://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/beauftragte/gleichstellung/formular.1642142.php
6.3.2026, 18:00– 21:00 Uhr	Frauentagsempfang der SPD- Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus	Anmeldung an

Casino des Berliner Abgeordnetenhauses	Seit über 100 Jahren steht der Internationale Frauentag für politische Teilhabe, gleiche Rechte und echte Gleichstellung. Diese Geschichte ist für uns nicht nur Tradition, sondern klarer Auftrag – gerade in Zeiten, in denen Errungenschaften nicht selbstverständlich sind und Gleichberechtigung immer wieder verteidigt werden muss. In diesem Jahr rücken wir zwei zentrale Themen in den Fokus: Parität und der Schutz vor häuslicher sowie Nachtrennungsgewalt. Parität ist kein „Nice-to-have“, sondern eine Frage demokratischer Gerechtigkeit. Und ein Leben frei von Gewalt ist die unverzichtbare Grundlage für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe. Lasst uns gemeinsam diskutieren, Impulse setzen und ein starkes Zeichen für Gleichstellung in Berlin setzen.	veranstaltungen@spdfraktion-berlin.de
Online-Veranstaltung am Freitag, 6. März 2026, von 10:00 – 13:30 Uhr	„Post-COVID hat ein Geschlecht – Neueste Erkenntnisse und aktuelle Herausforderungen für Betroffene“ Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages 2026 Im Alltag zeigt sich, dass Frauen häufiger von postviralen Erkrankungen wie Post-COVID, ME/CFS oder Post-VAC betroffen sind als Männer – doch woran liegt das? Welche biologischen, sozialen und strukturellen Einflüsse können die Unterschiede erklären? Und vor welchen Herausforderungen stehen Betroffene heute, wenn es um Versorgung, Verständnis und Unterstützung geht? Mit dabei sind auch Bernhild Mennenga und Alisa Reichert vom Beratungsnetzwerk (Berufsperspektiven für Frauen – Beratung zu Beruf, Bildung und Beschäftigung). Sie thematisieren die Herausforderungen der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach oder mit einer Erkrankung. In einer anschließenden Fragerunde bleibt dann Zeit, mit allen Referentinnen und Referenten aktuelle Fragen zu erörtern.	Programm unter https://www.berlin.de/sen/arbeit/beschaeftigung/beratungsstelle-berufskrankheiten/veranstaltungen/artikel.1637932.php Formlose Anmeldung unter Beratungsstelle.BKV@sena.sgiva.berlin.de (gerne mit Namen und Funktion) . Veranstalterinnen Berliner Beratungsstelle Berufskrankheiten SenASGIVA Oranienstraße 106 10969 Berlin Tel. +49 30 9028 2636 Beratungsstelle.BKV@sena.sgiva.berlin.de www.berufskrankheiten.berlin.de Postviral Beratung Berlin Tel: 030 890285-55 info@postviral-beratung.berlin.de

		www.postviral-beratung.berlin
Freitag, 06. März, 19.00 – 00.00 Uhr Teilnahme vor Ort Konferenzzentrum Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin Livestream https://www.boell.de/de/livestream Alternativ können Sie der Veranstaltung auch ohne Anmeldung im Livestream folgen.	15. Anne-Klein-Frauenpreis 2026 an Awa Fall-Diop, Senegal Die diesjährige Preisträgerin, die senegalesische Frauenrechtsaktivistin Awa Fall-Diop, ist eine der renommiertesten Gender-Expertinnen des frankophonen Afrikas. Sie setzt sich seit Jahrzehnten für Geschlechtergerechtigkeit ein. Ob als Lehrerin, Gewerkschafterin, Mitgründerin zahlreicher Frauenrechtsorganisationen oder als Ministerin – ihr Feminismus gilt den Benachteiligten und baut Brücken zu den jungen Feministinnen Afrikas. Die Laudatio hält Aminata Touré, stellv. Ministerpräsidentin und Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein (Bündnis 90/Die Grünen). Die Entscheidung der Jury begründet Dr. Imme Scholz, Jury-Vorsitzende und Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.	Anmeldung https://calendar.boell.de/de/event/anne-klein-frauenpreis-2026-awa-fall-diop
7.3. von 11 bis 14 Uhr in der Palisa.de in Berlin	Generationenübergreifender Feminismus Veranstaltung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin	
So, 8. März 2026 11.30 UHr: Auftakt: Oranienplatz ca. 16.00 Uhr Abschluss: Rotes Rathaus	Internationaler Frauentag unter dem Motto Feministisch, solidarisch, gewerkschaftlich! - Für eine feministische Zukunft und ein solidarisches Jetzt! große Frauenkampf*tags-Demo: das gute Leben für alle ist möglich – wenn wir es gemeinsam erkämpfen! Antifeminismus, Kriege, Rechtsruck, Rassismus, Antisemitismus sowie Gewalt gegen Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans* und agender Menschen (FLINTA) spitzen sich zu. Doch wir lassen uns die Errungenschaften queer-feministischer Kämpfe nicht nehmen – im Gegenteil: Wir wollen mehr! Wir kämpfen für eine friedliche Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben und mitbestimmen können – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung und Lebensweise. Selbstbestimmung	Weitere Infos & Aufruf https://berlin-brandenburg.dgb.de/bereiche/gesellschaft/frauen/++co++793b8114-f622-11f0-b132-e517c5448d9c Bündnisaufruf https://berlin-brandenburg.dgb.de/bereiche/gesellschaft/frauen/++co++793b8114-f622-11f0-b132-e517c5448d9c

	über Körper, Sexualität, Identität und Lebensplanung bleibt unser unveräußerliches Recht.	
Sonntag, 08. März, 13.00 – 20.00 Uhr Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin Kinder sind herzlich willkommen. Es gibt Aktivitäten und Betreuungsmöglichkeiten vor Ort.	Man Enough to Care Gemeinsam sind wir stärker Seit über 100 Jahren kämpfen Menschen am Internationalen Frauentag für Gleichberechtigung. Doch Gleichstellung ist kein „Frauenthema“ – sie geht uns alle an. Am 8. März laden wir herzlich ein, Gleichstellung als gemeinsame Aufgabe und als Gewinn für alle Geschlechter zu diskutieren. Aktuelle Entwicklungen zeigen, wie tief patriarchale Strukturen in die Gesellschaft wirken. Wenn sie bröckeln, entsteht Raum: für Fürsorge, für ein anderes Miteinander und für Care als Haltung. Menschen aller Geschlechter und Generationen sind willkommen. Freut euch auf einen Praxistag mit Keynotes, Panels, Workshops und Musik. Mit: Jutta Allmendinger, Fikri Anil Altıntaş, Tobias Ginsburg, Emilia Roig, Robert Stadlober, Tarik Tesfu u.v.m.	Programm und Anmeldung https://calendar.boell.de/de/event/man-enough-care
8. März 2026 um 18.00 Uhr im Roten Rathaus Berlin	Verleihung des Berliner Frauenpreises 2026 an die sechs Gründerinnen des Frauenteams des FC Victoria Berlin Die Preisträgerinnen erhalten die Auszeichnung für ihren Einsatz für die gleichberechtigte Teilhabe im Sport.	Bitte melden Sie sich bis zum 27. Februar 2026 online an unter www.berlin.de/frauenpreis-anmeldung Nähere Informationen zu den Preisträgerinnen entnehmen Sie bitte unserer Homepage unter www.berlin.de/frauenpreis
Mo, 09. März 2026	«GLOBALER FRAUEN*GENERALSTREIK» unter dem Motto "Zeit ist gekommen. Vielfältig. Sichtbar. Notwendig. Weltweit" Der 9. März ist kein zentral inszenierter Aktionstag, sondern ein offener Raum für sehr unterschiedliche Formen der Verweigerung und des Streiks – je nach Kontext, Möglichkeiten und Lebensrealitäten. Ziel ist kein einheitliches Ritual, sondern ein	Weitere Informationen unter: https://enoughgenug.org/ oder www.enoughgenug.org/de So erreicht Ihr uns: Newsletter: https://enoughgenug.org/de/kontakt/

	vieltimmiger, globaler Aufschrei: GENUG! Der Aufruf ist eine dezentrale, lernende Plattform. Hier sind Menschen vereint, die für eine lebenswerte, gerechte Zukunft für ALLE kämpfen und am 09. März 2026 (und an vielen anderen Tagen) sichtbar machen, dass sie GENUG!YETER! haben von Menschen, die Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung in die Welt tragen. Der inspirierende Dokumentarfilm "Ein Tag ohne Frauen" über den Streik der isländischen Frauen vor 50 Jahren ist in der ARD Mediathek zu sehen: https://www.ardmediathek.de/video/wdr-dok/island-ein-tag-ohne-frauen/wdr/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLXNvcGhvcmEtNmYzYjcwMTEtM2I2ZC00MmRhLTg2MDgtZDhkZDE3MzU0OWY2	Instagram: https://www.instagram.com/enough_2026/ Vgl. Auch https://www.aviva-berlin.de/aviva/content_Women%20+%20Work+Infos.php?id=1421486
Montag, 9. März 2026, 9-17 Uhr Familienplanungszentrum BALANCE Konrad-Wolf-Straße 12/12 A, 13055 Berlin-Lichtenberg	HEISS, WÜTEND, UNBEQUEM Fachtag Wechseljahre Das Programm dieses Fachtags umfasst Vorträge, u.a. von Journalistin und Autorin Miriam Stein ("Die gereizte Frau"), Workshops und eine Podiumsdiskussion.	Anmeldung und weitere Infos zum Programm unter https://eveeno.com/220605224
09.03.2026, 16:00 – 19:30 Uhr AWO Landesverband Berlin Zentrale, Hallesches Ufer 30A, 10963 Berlin	Macht Zeit gerecht! Zuhören. Verstehen. Zeitgerechtigkeit gestalten Anlässlich des Frauentags laden wir Sie herzlich ein, gemeinsam mit uns zu diskutieren! Wie wird aktuell über Zeit gesprochen? Was es braucht es, um Arbeit gut und gesund leisten zu können? Wieso geht es dabei auch um unsere Demokratie?	Anmeldung unter https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/288253/anmelden
10. März 2026, von 11:00-16:30 Uhr Wo? Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin	Weniger arbeiten, mehr leisten? Die 4-Tage-Woche-Studie Deutschland revisited Arbeitszeitdebatten werden weiterhin kontrovers geführt. Arbeiten wir zu wenig, zu ineffizient oder mit zu geringer Motivation? Wir meinen: Diese Debatten gehen in die falsche Richtung. Die Ergebnisse der deutschlandweit größten Studie zur 4-Tage-Woche wurden im November 2024 vorgestellt und haben, wie bereits viele andere ähnlich gelagerte Studien im Ausland, gezeigt, dass auch mit weniger	Weitere Informationen unter https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/arbeit/4-tage-woche Anmeldung bis 3.3.2016 https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/288270/anmelden

	Stunden ein besseres, weil produktives, teilweise sogar produktiveres und gesünderes Arbeiten möglich ist. Ein Jahr nach Veröffentlichung der Studienergebnisse wollen wir gemeinsam Bilanz ziehen und den Blick nach vorn richten. Wie sehen die Erfahrungen in der Praxis aus? Wie entwickelt sich die Debatte um Arbeitszeit und Flexibilisierung? Was passiert in Großunternehmen und im Mittelstand – und was wünschen sich Arbeitnehmer_innen? Im Zentrum steht dabei weniger die Frage nach dem „wie viel“ Arbeit, sondern vielmehr nach dem „wie“: Wie müssen wir arbeiten, um unsere Aufgaben gut und leistungsfähig zu erfüllen? Wie lässt sich gleichzeitig ausreichend Zeit für Familie, Freundschaften, Gemeinschaft und Selbstfürsorge sichern? Und geht es nicht längst um Arbeitszeitsouveränität – also um mehr Selbstbestimmung über die eigene Arbeitszeit?	
10. März 2026, 14:00 – 16:00 Uhr	Online-Vorstellung der Studie „Wie Deutschland Diskriminierung erlebt. Befunde aus der SOEP-Hauptbefragung“ Veranstalterinnen: Antidiskriminierungsstelle des Bundes und das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) Erkenntnisse über das Ausmaß, die Auswirkungen und den Umgang mit Diskriminierung zu gewinnen, ist ein zentraler Schritt, um ihr zielgerichtet und effektiv entgegenwirken zu können. Zwar gibt es in Deutschland bereits Daten zu Diskriminierungserfahrungen aus unterschiedlichen Erhebungen. Was jedoch bislang fehlt, ist eine nachhaltige und systematische Integration entsprechender Fragen in große, regelmäßig durchgeführte Bevölkerungsbefragungen. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes engagiert sich daher dafür, die Datengrundlage weiter zu stärken und langfristig vergleichbare Erkenntnisse zu ermöglichen.	Anmeldung Bis zum 6. März 2026 über: https://social.bscw.bund.de/pub/bscw.cgi/148488037 Weitere Informationen über die Studie finden Sie auf der Website der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Dienstag, 10. März 2026, von 19:00 – 20:30 Uhr Haus Helene Weber, Wundtstr. 40-44, 14057 Berlin	„20 Jahre Bibel in gerechter Sprache“ interaktiven Workshop, in dem Teilnehmer*innen die Bibel vielfältig, inklusiv und kritisch lesen Mit Pfarrerin Manon Althaus, Studienleitung Geschlechtergerechtigkeit im Amt für kirchliche Dienste der Evangelischen Kirche Berlin – Brandenburg – Schlesische Oberlausitz	Anmeldungen bis zum 7. März 2026 unter Tel. 030-321 50 21, per Mail an info@kdfb-berlin.de
Donnerstag, den 12. März, von 14.00 bis 15.30 Uhr per Zoom https://zoom.us/j/94740596519?pwd=YXFhalZxQlFGUUXkTKvOL2dWdzJ4QT09 Meeting-ID: 947 4059 6519 Kenncode: 448175	Erwerbsminderungsrente – Die Rolle des Partnerschaftskontexts beim Zugangsrisiko Das Risiko eine Erwerbsminderungsrente beantragen zu müssen, hängt neben individuellen gesundheitlichen Faktoren maßgeblich vom sozioökonomischen Status ab. Jedoch ist eben jener sozialer Kontext beim Erwerbsrentenminderungszugang nach wie vor unzureichend untersucht. Diese Forschungslücke wird im FNA-geförderten Projekt bearbeitet und nun vorgestellt.	Den Projektbericht und weitere Infos gibt es hier: "Erwerbsminderungsrente – Die Rolle des Partnerschaftskontexts beim Zugangsrisiko" https://www.fna-rv.de/DE/Inhalt/04_Projekte/04-02_Abgeschlossene_Projekte/Projekte/FNA-P-2023-18_Simonson_Romeu_Vogel.html
16. und 17. März 2026 Wo: Henry-Ford-Bau der Freien Universität Berlin, Garystraße 35, 14195 Berlin	Kongress Armut und Gesundheit 2026 "Gesundheit ist politisch!" Was ist uns Chancengerechtigkeit als Gesellschaft wert? Der „Kongress Armut und Gesundheit“ ist eine der größten regelmäßig stattfindenden Public Health-Veranstaltungen in Deutschland. Unter dem Motto „Gesundheit ist politisch!“ steht 2026 die Frage im Mittelpunkt, was uns Chancengleichheit und Gesundheit als Gesellschaft wert sind. Der Kongress richtet sich an Akteur*innen aus Politik, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Praxis und Selbsthilfe.	Programm und Anmeldung https://www.armut-und-gesundheit.de/ weitere Informationen: https://www.armut-und-gesundheit.de/kongress-2026
Dienstag, d. 17. März 2026, 18 - 20 Uhr Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 113, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin	Fachvortrag - Die Wohnküche in Zeiten der Wohnungsnot: Zum Erbe einer feministischen Wohnutopie Veranstalterin: Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin Vortrag und Diskussion mit Dr. Carolin Genz, Stadt- und Wohnforscherin mit interdisziplinärer Expertise in Geografie, Anthropologie und Urban Design. Sie arbeitet zu sozial-	Eine Teilnahme ist vor Ort und digital möglich. Wegen begrenzter Platzkapazitäten im Berliner Abgeordnetenhaus bitten wir um vorherige Anmeldung, ob Teilnahme vor Ort oder digital angestrebt wird, unter:

	ökologischen Transformationsprozessen mit Schwerpunkt auf Wohnen, Protest, Gender und sozial-räumlichen Praktiken. Der Vortrag ordnet diese aktuelle Entwicklung historisch ein und zeigt, dass Fragen von Wohnen, Küche und Geschlechterverhältnissen seit dem späten 19. Jahrhundert eng miteinander verbunden sind. ... Auf dem Berliner Wohnungsmarkt setzen sich zunehmend Wohnpraktiken durch, die soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten räumlich verfestigen. Alleinerziehende, insbesondere Mütter, werden häufig in Wohnungen untergebracht, die formal als Zwei-Zimmer-Wohnungen gelten, tatsächlich jedoch nur aus einem separaten Zimmer und einer Wohnküche bestehen. .. Diese Wohnformen sind kein Zufall, sondern Ergebnis marktgetriebener Wohnungsproduktion, politischer Steuerungsentscheidungen und überholter Wohnleitbilder, die sich am Modell des Paarhaushalts orientieren. ..	https://www.linksfraktion.berlin/themen/th/frauenpolitik/die-wohnekueche-in-zeiten-der-wohnungsnot-zum-erbe-einer-feministischen-wohnutopie/ Bitte bedenken Sie, dass für eine Teilnahme vor Ort beim Betreten des Abgeordnetenhauses eine Einlasskontrolle notwendig ist. Bitte führen Sie hierzu ein persönliches Ausweisdokument mit.
18.März 2026 Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin	Gender in der Klimakrise: Symbolpolitik oder Strukturfrage? Die Veranstaltungen werden auf unserer Website immer noch einzeln beworben. Thema: Viel zu häufig werden Gleichstellungs-, Klima-, und Sozialpolitik in eigenen Säulen betrachtet und bearbeitet. Dabei weisen Forschung und auch der Vierte Gleichstellungsbericht (2025) "Gleichstellung in der sozial-ökologischen Transformation" verstärkt darauf hin: Klimawandelfolgen und Klimapolitiken wirken nicht im sozialen Vakuum. Sie treffen auf ungleiche Einkommensstrukturen, ungleich verteilte Sorgearbeit und ungleiche Repräsentation in Macht- und Führungspositionen. Geschlecht ist dabei keine isolierte Kategorie, sondern Ausdruck tiefer liegender sozialer, ökonomischer und politischer Machtverhältnisse. Die Veranstaltung diskutiert wie Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik integriert werden können,	Für die Diskussion und das anschließende Get together haben wir Platz für bis zu 35 Teilnehmer*innen. Aus diesem und aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung auf unserer Website unter https://berliner-frauenbund.de/events/

	um bestehende Ungleichheiten nicht zu verschärfen. Wir wollen uns der Verschränkung klimasozialer Fragen aus beiden Richtungen (Klima- und Gleichstellungspolitik) nähern und vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen kritisch diskutieren. Weitere Informationen zu den Referent*innen und auch zum Thema werden ab Anfang März auf unserer Website https://berliner-frauenbund.de/events/ stehen. Ggf. werden wir eine hybride Veranstaltung anbieten können. Da dieses aber noch nicht sicher ist, bitte ich Interessentierte nachzufragen unter kontakt@berliner-frauenbund.de.	
Donnerstag, 19. März 2026, 9:30 bis 15:00 Uhr Atrium der Investitionsbank Berlin IBB Bundesallee 210, 10719 Berlin	World Café „Wachstum mit Wirkung“ im Rahmen der Berliner Unternehmerinnen-Akademie Wir adressieren mit diesem Angebot Unternehmerinnen, die sich bereits erfolgreich im Markt profiliert haben, sowie aufstrebende Gründerinnen, die einschlägige Erfahrungen mit der Selbständigkeit haben und ebenfalls (weiter) wachsen wollen. Im Sinne eines Reverse Mentorings werden alle Teilnehmerinnen alle Aspekte diskutieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten. Dabei agiert jede Teilnehmerin – abhängig vom Thema – mal als Fragestellerin, mal als Expertin aus der Praxis oder auch einfach nur als Zuhörerin. Dies geschieht in kleinen Gruppen, womit ein intensiver, gewinnbringender Austausch gewährleistet wird.	Anmeldung einen kurzen Hinweis zu Ihren aktuellen Herausforderungen in Sachen Wachstum. Zur Anmeldung https://www.berlin.de/unternehmerinnentag/akademie-2026/artikel.1639760.php Rechtzeitig vor dem Termin erhalten Sie von uns eine Teilnahmebestätigung mit weiteren Hinweisen.
19. März 2026, 14:00 bis 15:30 Uhr ZOOM	Abschlussbericht: "Digitale (Ex-)Partnerschaftsgewalt: gefährliche Schutzlücken im Hilfesystem schließen" - Projektbilanz, Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele Die Referentinnen, sprich das Projektteam „Digitaler Gewalt im Frauenhaus handlungssicher begegnen“ von Frauenhauskoordinierung e.V. führt durch die Veranstaltung und gibt Einblicke in die Projektergebnisse. Digitale (Ex-)Partnerschaftsgewalt ist eine Gefahr für den Schutzort Frauenhaus. Die Zunahme digitaler Gewalt erzeugt einen steigenden	Kostenfrei für alle Interessierten, Anmeldungen sind hier möglich: https://pretix.eu/fhk/DGBeicht/

	Bedarf an Beratung und Sensibilisierung zu digitalen Gewaltformen. Doch im unterfinanzierten Hilfesystem schaffen es Fachkräfte häufig nur begrenzt die digitalen Dimensionen von Gewalt zu adressieren - trotz großen Engagements. Wie können Betroffene digitaler Gewalt besser unterstützt werden?	
19. März 2026 ab 18 Uhr Variété Salon - ufaFabrik Internationales Kulturzentrum Viktoriastraße 10-18, 12105 Berlin	FRAUENPOLITISCHER EMPFANG 2026 in Tempelhof-Schöneberg Musikalische Eröffnung: Jasmine Lajeunesse Begrüßung durch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Grußwort des Bezirksbürgermeisters Musikalischer Beitrag Talkrunde: „Klimagerechtigkeit ist Geschlechtergerechtigkeit“ Moderation: Ulla Heinrich Gastinnen: Sarah-Lee Heinrich und Mary Dellenbough-Losse Musikalischer Beitrag Vorstellung des bezirklichen Klimabüros Poetry Slam: Lisa Pauline Wagner Vernetzung und Party	Kommt vorbei – eine Anmeldung ist nicht nötig
Samstag, dem 21. März 2026, veranstaltet das Ehrenamtsbüro des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg die Ehrenamtsbörse im Rathaus Schöneberg.	Ehrenamtsbörse:** Vielfalt entdecken, Engagement finden, Gemeinschaft stärken* Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, die vielfältigen Möglichkeiten des freiwilligen Engagements im Bezirk kennenzulernen. Die Ehrenamtsbörse bietet Interessierten die Gelegenheit, direkt mit Engagierten ins Gespräch zu kommen, Fragen zu stellen und ein passendes Tätigkeitsfeld zu finden.	Weitere Informationen: https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/aktuelles/presemitteilungen/2026/pressemitteilung.1644423.php
Montag, 23. März 2026 17:00–18:30 Uhr Wo: Online Weltweit, Sprache: Deutsch, live-Übersetzung als Untertitel wird angeboten	Internationale Lesung im öffentlichen Raum "Was Europa von Lateinamerika lernen kann – Die Care Society" Europa stärken heißt Care stärken. Was in Lateinamerika 2025 beschlossen wurde, ist historisch: Care – Fürsorge, Sorgearbeit und Selbstfürsorge – wird zum politischen, rechtlichen und ökonomischen Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung. Am 7. August 2025 erkannte der Interamerikanische Gerichtshof für	Anmeldung: events@caringeconomy.jetzt Mehr Infos zu dieser initiative aus Österreich: https://www.caringeconomy.jetzt/

	Menschenrechte Care als eigenständiges Menschenrecht an: das Recht, Care zu leisten, Care zu empfangen und das Recht auf Selbstfürsorge.	
Dienstag, 24. März 2026, 17:30-19:00 Uhr im Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin-Schöneberg	Präsenz-Infoabend für den Lehrgang April 2026 bis März 2027 „Die Löwin – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben Sie gehören zu den Frauen, die mehr Selbstverantwortung übernehmen wollen? Sie streben eine Führungsposition in Ihrem Verband oder in Ihrer Organisation an oder wollen Ihre Führungsrolle überdenken? Das Weiterbildungsprogramm „Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben“ (kurz: Die Löwin) ist für Frauen entwickelt worden, die ihre Selbstwirksamkeit stärker entfalten und mit ihren Kompetenzen sichtbar werden und sich mit Berliner Frauen aus unterschiedlichsten Berufs- und Wirkungsfeldern vernetzen wollen.	Dringend Anmeldung: bitte per E-Mail an info@die-loewin.de Weitere Infos unter: https://die-loewin.de/
Vorab-Ankündigung 24. März 2026, 18-20 Uhr, im Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 304	ÜPFI-Themenreihe „Senator:innen nachgefragt“ mit der Staatssekretärin für Kultur Cerstin Richter-Kotowski Aufbauend auf unserem langjährigen ÜPFI-Engagement zu den Themen „Die Leistungen von Berliner Frauen in Kunst und Geschichte sichtbar machen“ und vor dem Hintergrund massiver Kürzungen in den Bereichen Kultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt, die außergewöhnlich starke öffentliche Reaktionen, Kundgebungen und Presseberichte zur Folge hatten, freuen wir uns, die Staatssekretärin Cerstin Richter-Kotowski persönlich bei uns begrüßen zu dürfen. Im Bereich Kultur stehen eine Vielzahl von kleinen und größeren Theaterwerkstätten, Orchester, Chören und Kulturprojekten vor dem Aus, in denen Frauen maßgeblich tätig sind und relevante bzw. geeignete Maßnahmen und Programme für Familien, Mädchen und Frauen entwickelt haben. Wie können sie	Damit wir rechtzeitig einen Überblick über die Anzahl der teilnehmenden Personen erhalten und eine Anwesenheitsliste für Sie erstellen können, bitten wir um Ihre verbindliche Anmeldung bis zum 16. März 2026. Die Anzahl der Plätze ist begrenzt! Hier zur Anmeldung: https://www.berlin-stadtderfrauen.de/8929-2/

	gerettet werden, ohne dabei Sparpotentiale aus dem Blick zu verlieren? Im Bereich „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ interessieren wir uns für Strategien, um schon vorhandene geschlechtsspezifische Pilotansätze und geförderte Projekte (z.B. in der Kinder- und Jugendförderung sowie Erwachsenenbildung) zu erhalten. Wie bei unserer Themenreihe üblich, haben wir im Vorfeld wieder betroffene und interessierte Akteur:innen und Expert:innen dazu eingeladen, ihre Fragen an die Senatorin zu stellen. In beiden Bereichen liegen uns insbesondere die Unterstützungsbedarfe und das Vorgehen gegen Diskriminierung von Frauen infolge Alter, Religion, sexueller Orientierung, Migration und allein-erziehender Mütter am Herzen, ohne dabei die Notwendigkeit, Einsparungen leisten zu müssen, zu ignorieren.	
Dienstag, 24. März, 19.00 – 21.00 Uhr Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin	Reproduktive Selbstbestimmung: Eine Frage von Gerechtigkeit Lesung und Diskussion Reproduktive Selbstbestimmung hängt auch hier in Deutschland stark mit den Grundfragen sozialer Gerechtigkeit zusammen. Alicia Baier und Sibel Schick analysieren in ihren Büchern die patriarchalen und diskriminierenden gesellschaftlichen Strukturen, die Selbstbestimmung verhindern.	Infos und Anmeldung https://calendar.boell.de/de/event/reproduktive-selbstbestimmung-eine-frage-von-gerechtigkeit
Dienstag, 14. April 2026, ab 15.00 Uhr Rotes Rathaus Festsaal Rathausstraße 15 10178 Berlin	Berliner Stiftungswochen 2026 Die Stiftungsrede hält Prof. Dr. Norbert Lammert zum Thema „WARUM DIE ZUKUNFT UNS BRAUCHT“ – ein Thema, das Mut macht, zu einem Perspektivenwechsel einlädt und zugleich Verantwortung einfordert. Gerade in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Veränderungen eröffnet sich ein weiter Raum für Gestaltung. Zukunft ist kein fernes Versprechen, sondern entsteht dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen, Zukunftsbilder entwickeln und gemeinsam handeln.	Weitere Informationen und Anmeldung https://berlinerstiftungen.de/civicrm/event/register/?id=8&reset=1

Mittwoch, 18.03.2026, 18.00- 19.30 Uhr Online auf der Plattform zoom	"Gegen Frauenhass" Diskussion mit Christina Clemm, Buchautorin und Fachanwältin für Straf- und Familienrecht in Berlin Frauenhass ist kein Randphänomen, sondern fest in unserer Gesellschaft verankert. Er begegnet Frauen täglich: In der Sprache, im Netz, in der Medizin, im Beruf und selbst in der Altersversorgung. Warum wird Frauenhass in unserer Gesellschaft, in Justiz und Politik noch immer verharmlost? Online-Lese-Reihe „Feminism and Bookmarks“: Infos zu allen Lesungen unter www.fes.de/politische-bildung-und-dialog/feminism-and-bookmarks	Die Teilnahme ist kostenfrei. - Mehr Infos und eine Anmeldung unter https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/288325 ist erforderlich bis zum 17.03.26, 18.00 Uhr. - Angemeldete Teilnehmer*innen erhalten von uns die Zugangsdaten am 18.03.2026 vormittags.
14. bis zum 24. April 2026	17. Berliner Stiftungswoche 2026	Programm https://www.berlinerstiftungswoche.eu/programm
Di 14. April, 08:30- 10:00 Uhr Berlin Capital Club Anton-Wilhelm- Amo-Straße 30 10117 Berlin Berlin	Politisches Stiftungsfrühstück: Arbeiten in gemeinnützigen Organisationen Die Stiftung Zukunft Berlin veranstaltet in Kooperation mit dem Verein Berliner Stiftungen e. V. und der Berliner Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen der Berliner Stiftungswoche 2026 ein Politisches Stiftungsfrühstück zum Thema »Arbeiten in gemeinnützigen Organisationen: demokratischer Anspruch und gelebte Organisationskultur«. Im Fokus steht dabei die Frage, wie demokratische Resilienz nicht nur durch Programme, sondern auch durch Mitbestimmung, transparente Entscheidungsstrukturen und partizipative Arbeitskulturen entsteht. Bei der Veranstaltung werden Strategien demokratischer Organisationsentwicklung, Spannungsfelder zwischen Effizienz und Beteiligung, positive Praxisbeispiele sowie die Rolle staatlicher Förderlogiken diskutiert. Sie dient als Dialogplattform für Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, um demokratische Werte intern und extern zu stärken. Da die Plätze auf 80 Personen begrenzt sind, wird um verbindliche Anmeldung bis zum 31. März 2026 gebeten.	Mehr Infos und Anmeldung unter https://www.berlinerstiftungswoche.eu/programm/veranstaltungen/einzelsicht/politisches-stiftungsfruehstueck-arbeiten-in-gemeinnuetzigen-organisationen?utm_source=chatgpt.com

vom 16.4. bis 19.4.2026 in Berlin	Arbeitstagung der AKF- Frauenärztinnen zum Thema: Gynäkologie und Geld.	
25. April 2026, 11:00 bis 16:00 Uhr	19. Berliner Freiwilligenbörse unter dem Motto „Zusammen.Stark.Bleiben“ Gerade jetzt zeigt die Berliner Zivilgesellschaft eindrucksvoll, wie vielfältig, engagiert und wirkungsvoll freiwilliges Engagement ist. Mit Ideenreichtum, Tatkraft und solidarischem Miteinander leisten unzählige Initiativen einen wichtigen Beitrag für unsere Stadt. Die Freiwilligenbörse bietet Ihnen eine hervorragende Gelegenheit, Ihre Organisation und Ihre Projekte sichtbar zu machen, Ihre Engagementmöglichkeiten vorzustellen und neue Freiwillige für Ihre Arbeit zu gewinnen. Wir laden Sie herzlich ein, als Aussteller dabei zu sein und gemeinsam zu zeigen, wie lebendig und wirksam freiwilliges Engagement in Berlin ist.	Ihre Bewerbung können Sie ab sofort bis zum 20. Februar um 10 Uhr ganz unkompliziert einreichen über https://berliner- freiwilligenboerse.de/anme- ldung-2026/ Leider sind wir darauf angewiesen, Standgebühren zu erheben. Uns ist bewusst, dass dies für einige Organisationen eine zusätzliche Herausforderung darstellen kann. Bitte sprechen Sie uns gern an, wenn Sie eine Ermäßigung benötigen. Gemeinsam möchten wir Lösungen finden, damit möglichst viele Initiativen an der Freiwilligenbörse teilnehmen können.
23. Mai 2026	Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle An diesem Tag feiern Engagierte in ganz Deutschland den 77. Geburtstag des Grundgesetzes mit einer bundesweiten Mitmachaktion. Ziel der Initiative „Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle.“ ist es, deutschlandweit zur Beteiligung, zu eigenen Aktionen und zum Mitmachen einzuladen. Initiator und Schirmherr ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die DSEE bereitet die Aktion in enger Zusammenarbeit mit dem Bundespräsidialamt vor.	Infos zum Mitmachen: https://www.ehrentag.de/
09. Juni 2026 in Berlin	DGB: familienpolitische Fachtagung „Vereinbarkeit gestalten – Fachkräfte sichern“ Wir diskutieren mit Bundesfamilienministerin Karin Prien und der stellvertretenden DGB- Vorsitzenden Elke Hannack, wie Vereinbarkeit und Mitbestimmung dazu beitragen, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Neben den politischen Rahmenbedingungen	Anmeldung unter https://vereinbarkeit.dgb.d e/veranstaltungen/fachtag ung

	rücken wir die Handlungsmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten in den Mittelpunkt: Wo könnt ihr in Betrieben und Dienststellen ansetzen, um gute Arbeit und langfristige Fachkräftesicherung zu ermöglichen?	
Montag, 15. Juni 2026, ca. 10.00-17.30 Uhr ufaFabrik, Viktoriastr. 10-18, 12105 Berlin	Save the date: 1. Berliner Familiengipfel Gemeinsam im Dialog - Familien stärken. Zukunft sichern. Veranstaltung des Berliner Beirat für Familienfragen	Detaillierte Informationen zum Programm und zur Anmeldung folgen in Kürze auf der Website des Berliner Beirates für Familienfragen .
18. Juni 2026 Zeit: 9:30 – ca. 15:30 Uhr Ort: Inpäd e.V. Manfred-von-Richthofen-Str. 2, 12101 Berlin	Save the date: Fachtag: „Selbstwirksamkeit in der Beratung“ (Fachvortrag – Workshops - Zeit zum Austausch und Vernetzen)	
vom 21.–28. Juni 2026	51. Berliner Seniorenwoche	Weitere Informationen www.berlin.de/sen/soziales/besondere-lebenssituationen/seniorinnen-und-senioren/berliner-seniorenwoche/
24. Juni 2026	Bundesweiter Aktionstag für mehr Parität in den Parlamenten Vormittags wird vor dem Bundestag eine große, öffentlichkeitswirksame Aktion stattfinden. Am Nachmittag (ca. 14 – 17 Uhr) veranstalten wir in Kooperation mit der Bundesstiftung Gleichstellung erneut eine Fachveranstaltung, die im Livestream verfolgt werden kann. Und wir starten die digitale Veranstaltungsreihe „Forum Parität“, die regelmäßigen Austausch und Updates zum Thema ermöglichen soll.	Die Zugangsdaten und Termine des „Forum Parität“ finden sich unter: https://www.parite.eu/forum-paritaet/
24.06.2026, 9:30 – 12:00 Uhr Ort: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Glinkastraße 24, 10117 Berlin oder per Livestream	„Einfach mal reden“ – Ergebnisse der Evaluationsstudie zur Reichweite und Wirksamkeit der Silbernetz-Hotline Silbernetz e.V. bietet Menschen ab 60 Jahren Wege aus der Isolation. Zentrales Angebot ist die Silbernetz-Hotline, die älteren, einsamen Menschen anonyme und vertrauliche Gespräche ermöglicht. Die Reichweite und Wirkung dieses Angebots wurden	Anmeldung: https://www.dza.de/veranstaltungen/online-anmeldung-rewisill Die Anzahl der Plätze vor Ort ist begrenzt.

	vom Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) im Rahmen des Projekts ReWiSil untersucht. Dabei standen folgende Fragen im Mittelpunkt: Wie ist es um die Reichweite der Silbernetz-Hotline bestellt, wie vielfältig ist die Gruppe älterer, einsamer Menschen, die erreicht wird? Reduzieren die Gespräche mit den Mitarbeiter*innen der Silbernetz-Hotline das subjektive Einsamkeitserleben, verringern sich Schamgefühle oder negative Altersselbstbilder? Zum Abschluss des Projekts laden wir Sie herzlich ein, Einblicke in die zentralen Ergebnisse zu erhalten und diese gemeinsam mit Fachpersonen aus Wissenschaft, Praxis und Politik zu diskutieren.	
3.-5- Juli 2026 martas Gästehäuser, Seydlitzstr. 20, 10557 Berlin (Hauptbahnhof)	Wenn es zu einer Förderung kommt, wird der Kongress durchgeführt – erfahren wir Ende März. Dennoch sind wir in aktiver Planung: Feministischer Frauen-Sommertag Wer möchte mitmachen? Ziel ist es, die bestehende frauenpolitische Zivilgesellschaft in Berlin zu vernetzen, den Austausch zwischen Organisationen zu stärken und gemeinsame Strategien zur Förderung von Gleichstellung und demokratischer Teilhabe weiterzuentwickeln. Anvisierte Themen u. a. Antifeminismus, geschlechtergerechte Medizin und generationenübergreifende feministische Perspektiven.	Kurzkonzept https://www.frauengesundheit-berlin.de/fileadmin/user_upload/Materialien_nicht_FNGB/Zusammenfassung_Konzept_des_Feministischen_Sommertages_Juli_2026.pdf
6. Juli 2026 von 9:00 – 16:30 Uhr im SFBB - sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg Königstraße 36B, 14109 Berlin (Nähe Glienicker Brücke)	Save the Date An der Schnittstelle von Gewaltschutz und Aufenthaltsrecht - Ein Fachtag zu rechtlichen Rahmenbedingungen und Praxisfragen Bei inhaltlichen Fragen zum Fachtag wenden Sie sich bitte an: Helena Elz - BIG Koordinierung BIG e.V. (Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen) E-Mail: elz@big-koordinierung.de Veranstaltungsnummer des SFBB: 8549/26 Mit der Anmeldung werden Sie auf die Warteliste aufgenommen. Eine	Die Anmeldung erfolgt über den Link: https://web.antragocloud.de/SFBB/prod/seminarportal_shop/Course/Details/Index/RI-pageSize(5)cid(158873)?area=Course&searchCourseKeyword=gewaltschutz&catalogUrl=%2FSFBB%2Fprod%2Fseminarportal_shop%2FCourse%2FSearch%2FIndex%2FRI-

	Bestätigung der Anmeldung erfolgt erst nach Ablauf der Anmeldefrist (08.06.2026)	pageSize(5)%3Farea%3DCourse%26searchCourseKeyword%3Dgewaltschutz
06. Oktober 2026 in Berlin	„zusammen:weiter – Zukunft braucht Gleichstellung.“ Dritter Gleichstellungstag der Bundesstiftung Gleichstellung Unser Ziel ist es, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gemeinsam weiter voranzugehen, um Wandel und Zukunft geschlechtergerecht zu gestalten. Gerade in Zeiten frauenfeindlicher, antidemokratischer Strömungen weltweit und tiefgreifender Transformations- und Strukturwandelprozesse hierzulande braucht es verlässliche Gleichstellungsstrukturen, innovative Lösungen und Menschen, die zusammen mit anderen dies in die Praxis transferieren, damit die richtigen Weichen für eine geschlechtergerechte Zukunft gestellt werden. Wir haben jetzt die Chance, gesellschaftliche Umbrüche und Veränderungen gemeinsam zu gestalten – nachhaltig, engagiert und gleichstellungsorientiert! Wie auch beim letzten Mal sind Verbände, Vereine, Initiativen, Organisationen und Unternehmen aufgerufen, die Veranstaltung mit ihren Schwerpunkten und Perspektiven aktiv mitzugestalten.	Informationen zu den Beteiligungsformaten findet ihr in unserem Bewerbungsformular für den Call for Participation https://gleichstellungstag.de/2026/BSG_CallforParticipation_2026.pdf und auf www.gleichstellungstag.de

IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischen Umfeld

- **Segregation, Ungleichheit und Sorgearbeit – ein Gespräch über Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt**

Wie schaffen wir einen Arbeitsmarkt, der allen Geschlechtern gleiche Chancen bietet? In ihrem neuen Sammelband „Geschlechtergerecht gestalten“ bündeln Silke Bothfeld, Aysel Yollu-Tok, Christian Hohendanner und Petra Schütt aktuelle Forschung und gleichstellungspolitische Debatten. Über ihre Ergebnisse berichten sie in einem Gespräch mit der Redaktion des IAB-Forum.

Zum Interview: <https://iab-forum.de/segregation-ungleichheit-und-sorgearbeit-ein-gespraech-ueber-gleichstellung-auf-dem-arbeitsmarkt/>

Zum Sammelband zur aktuellen Forschung geschlechtsbezogener Arbeitsmarktpolitik:

https://www.campus.de/e-books/wissenschaft/geschlechtergerecht_gestalten-18972.html

- **Arbeits- und Betreuungsarrangements von Familien mit kleinen Kindern**

In einem Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden die Normvorstellungen zur außerhäuslichen Betreuung von Kindern und zur Erwerbstätigkeit von Müttern untersucht. Denn diese üben neben den Bedingungen am Arbeitsmarkt und den Möglichkeiten der externen Kinderbetreuung einen großen Einfluss auf die Erwerbsaufnahme von Müttern aus.

Zum IAB-Kurzbericht: <https://iab.de/publikationen/publikation/?id=15503052>

- **»Führen mit Verantwortung – wie geht es Geschäftsführenden und Vorständen in der Zivilgesellschaft?«**

Bislang liegen nur wenige systematische Erkenntnisse darüber vor, wie es Personen in Leitungsfunktionen zivilgesellschaftlicher Strukturen geht, was sie motiviert und welchen Unterstützungsbedarf sie haben. Die Stiftung Bürgermut führt dazu eine anonyme Online-Umfrage unter Leitungspersonen in Non-Profit-Organisationen durch. Ziel ist es, realistische Einblicke in die Führungspraxis der Zivilgesellschaft zu gewinnen und auf dieser Grundlage passgenaue Unterstützungsangebote sowie verbesserte strukturelle Rahmenbedingungen zu entwickeln.

Umfrage <https://form.jotform.com/260083177336356>

- **Bündnis für Gemeinnützigkeit: Strategische Weichenstellung für 2026**

Mit einer zweitägigen Klausurtagung Ende Januar 2026 in Berlin hat das Bündnis für Gemeinnützigkeit seine Arbeitsschwerpunkte für das neue Jahr festgelegt. Im Zuge der Tagung berieten die Mitglieder des Trägerkreises und des Beirats über den Umgang mit einem zunehmend herausfordernden gesellschafts- und politisch-rechtlichen Umfeld für gemeinnützige Organisationen. Das Bündnis verfolgt das Ziel, gemeinsame Positionen zu entwickeln und die Rahmenbedingungen für Engagement, Gemeinnützigkeit und demokratische Teilhabe zu stärken. Inhaltlich standen insbesondere der geplante »Zukunftspakt Ehrenamt«, Reformbedarfe im Gemeinnützigkeits- und Steuerrecht sowie Fragen der Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft im Fokus.

Weitere Informationen: https://www.stiftungen.org/aktuelles/news-aus-stiftungen/detail/klausurtagung-buendnis-fuer-gemeinnuetzigkeit-jahresauftakt-2026-15865.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=nl-01-26

- **Call for papers: „zusammen:weiter – Zukunft braucht Gleichstellung.“ heißt es beim 3. bundesweiten Gleichstellungstag der Bundesstiftung Gleichstellung am 6. Oktober 2026.**

Ziel der Bundesstiftung Gleichstellung ist es, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gemeinsam weiter voranzugehen, um Wandel und Zukunft geschlechtergerecht zu gestalten. Gerade in Zeiten frauenfeindlicher, antidemokratischer Strömungen weltweit und tiefgreifender Transformations- und Strukturwandelprozesse hierzulande braucht es verlässliche Gleichstellungsstrukturen, innovative Lösungen und Menschen, die zusammen mit anderen dies in die Praxis transferieren, damit die richtigen Weichen für eine geschlechtergerechte Zukunft gestellt werden. Wir haben jetzt die Chance, gesellschaftliche Umbrüche und Veränderungen gemeinsam zu gestalten – nachhaltig, engagiert und gleichstellungsorientiert!

Der Gleichstellungstag ist der zentrale Ort für Dialog, Wissenschafts-Praxis-Transfer und empowernden Austausch. Am 6. Oktober 2026 werden zahlreiche Vertreter*innen aus

Bund, Ländern, Kommunen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft im bcc Berlin Congress Center zusammenkommen, um Wissen zu erweitern, Erfahrungen miteinander zu teilen und voneinander zu lernen; darüber hinaus kann das Bühnenprogramm bundesweit per Livestream verfolgt werden.

In diesem Jahr bestehen drei Beteiligungsmöglichkeiten:

- Es wird wieder eine Fachmesse (Beteiligungsoption 1) geben, auf der Verbände und Institutionen sich und ihre Arbeit mit einem Informationsstand vorstellen können.
- Die Beteiligungsoption 2, bestehend aus Workshops, Diskussionspanels oder anderen Austauschformaten, beleuchtet aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen aus gleichstellungspolitischer und -praktischer Perspektive
- Neu ist die Beteiligungsoption 3: Auf drei kleinen Themen-Bühnen „Junge Bühne – Zukunft braucht Gleichstellung“ und „zusammen:weiter – Gleichstellung in Europa“ wird die Möglichkeit gegeben, Projekte, Best-Practice-Beispiele und/oder spannende Akteur*innen in knackigen Formaten von maximal 20 Minuten zu präsentieren.

Weitere Informationen zu den Beteiligungsformaten findet ihr in unserem Bewerbungsformular für den Call for Participation

https://gleichstellungstag.de/2026/BSG_CallforParticipation_2026.pdf und auf www.gleichstellungstag.de.

- **Erhalt von Informationen von der Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt im Deutschen Institut für Menschenrechte**

Künftig informieren wir Sie quartalsweise über wichtige Entwicklungen aus der Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt und relevante Neuigkeiten aus Politik, Gesellschaft und Recht in unserem Themenfeld.

Informationen unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/das-institut/abteilungen/berichterstattungsstelle-zu-geschlechtsspezifischer-gewalt>

- **Bedarfsanalyse zur Prävention geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt - Abschlussbericht**

Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) hat im Januar 2026 die Bedarfsanalyse zur Prävention geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt veröffentlicht. Die Studie bietet erstmalig eine umfassende Darstellung und Analyse der vorhandenen Präventionsmaßnahmen auf dem Bereich der geschlechtsspezifischen und häuslichen Gewalt und spricht Empfehlungen an Staat und Zivilgesellschaft aus.

- **Gender Budgeting Bericht 2025**

Der zweite Gender Budgeting-Bericht für das ESF Plus-Bundesprogramm in der Förderperiode 2021-2027 wurde veröffentlicht. Mit einem Anteil am Budget der 18 teilnahmeorientierten ESF Plus-Programme des Bundes in Höhe von 59 % für Frauen stabilisiert sich der positive Trend nun auch im zweiten Berichtsjahr. Analog zum Budget ist der Anteil von Frauen an den Teilnahmen ebenfalls gestiegen – und damit erstmals seit Bestehen des ESF im Jahr 1957 über 50 % (2025: 58 %).

Bericht:

https://www.esf.de/portal/SharedDocs/Publikationen/gender_budgeting_bericht_2025.html

- **Frauenanteil in Spitzengremien großer Unternehmen stagniert**

Im Managerinnen-Barometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) werden seit 20 Jahren die Anteile von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten in großen deutschen Unternehmen untersucht. Zwar ist seit 2006 ein starker Anstieg zu verzeichnen, nach wie vor sind Frauen in den Spitzengremien aber stark unterrepräsentiert. Für 2025 stellen die Autor*innen eine Stagnation bzw. einen

Rückgang des Frauenanteils fest.

DIW Wochenbericht:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.994710.de/publikationen/wochenberichte/2026_03_2/frauen_in_vorstaenden_und_aufsichtsraten_grosser_unternehmen___fwaertstrend_der_letzten_jahre_kommt_groesstenteils_zum_halt.html

- **Grundsicherung sozial und geschlechtergerecht gestalten**

Der Deutsche Frauenrat (DF) kritisiert die vom Bundeskabinett beschlossene Reform der Grundsicherung und fordert eine gleichstellungsorientierte Reform der sozialen Sicherungssysteme. Dazu müssen die Lebensumstände von Frauen dringend berücksichtigt werden, denn sie gehen deutlich seltener aus dem Bezug von Grundsicherung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung über als Männer.

Stellungnahme: <https://www.frauenrat.de/grundsicherung-sozial-und-geschlechtergerecht-reformieren/>

- **Zehn Fakten zum Gender Pay Gap**

Im Rahmen der Equal Pay Day Kampagne hat der Business and Professional Women Germany e. V. ein Factsheet veröffentlicht. Darin werden die zentralen Fakten zum Gender Pay Gap kurz und anschaulich beantwortet.

Factsheet: <https://www.equalpayday.de/wp-content/uploads/2025/12/2025-12-16-epd-factsheet.pdf>

- **Welches Gehalt gilt als gerecht?**

Forscher*innen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben den Einfluss des Geschlechts der vorgesetzten Person auf die geschlechtsspezifischen Lohn-Gerechtigkeitseinstellungen von Beschäftigten veröffentlicht. Die Studie zeigt, dass ein höherer Anteil von Frauen in Führungspositionen dazu beitragen kann, dass geschlechterstereotype Vorurteile über angemessene Entlohnung abgebaut werden.

Studie: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.994699.de/26-3-3.pdf

- **Geschlechtervielfalt anerkennen, Gleichstellung gestalten**

In einer Handreichung der Bundesstiftung Gleichstellung werden Informationen, Praxisbeispiele und eine rechtliche Orientierung zum Umgang mit Geschlechtervielfalt bereitgestellt. Auch wenn sich die Handreichung primär an Gleichstellungsbeauftragte richtet, kann sie für alle von Nutzen sein, die in der Gleichstellungsarbeit aktiv sind.

Handreichung: <https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/2025/12/10/geschlechtervielfalt-anerkennen-gleichstellung-gestalten/>

- **KI als Instrument sexualisierter Gewalt**

Pinkstinks hat einen Beitrag zur Verbreitung und Nutzung von mit Künstlicher Intelligenz erstellten gefälschten Nacktbildern veröffentlicht. Vor allem Frauen und Mädchen sind von dieser digitalen Form der sexualisierten Gewalt betroffen. Neben verbindlichen Regeln und Gesetzen für die Tech-Konzerne fordern die Autor*innen gut ausgestattete Programme und Maßnahmen gegen den zugrundeliegenden Frauenhass.

Beitrag: <https://pinkstinks.de/klick-klick-nackt-ki-als-instrument-sexualisierter-gewalt/>

- **Mit Sicherheit - nicht?**

In einem Dossier des Gunda Werner Instituts der Heinrich-Böll Stiftung werden sicherheitspolitische Debatten aus feministischer Perspektive dargestellt: Kinderarmut, Wohnungslosigkeit, geschlechtsspezifische Gewalt, rassistische Ausgrenzung und die Klimakrise bedrohen die Sicherheit von Millionen - doch die politische Debatte richtet sich

auf nationale Grenzen, Eigentum und Aufrüstung statt auf menschliche und soziale Sicherheit.

Dossier: <https://www.gwi-boell.de/de/mit-sicherheit-nicht>

- **Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt**

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat einen Schwerpunkt zu Migrant*innen auf dem Arbeitsmarkt veröffentlicht. Auf den Sonderseiten finden sich Publikationen und Projekte des IAB zum Thema.

IAB-Themenseite: <https://iab.de/themen/sonderthemen/migrantinnen-auf-dem-arbeitsmarkt/>

- **Diskriminierung von Menschen aus dem östlichen Europa in den Jobcentern**

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat eine Studie zu Diskriminierungen von Menschen aus Osteuropa veröffentlicht. Benachteiligungen in Jobcentern entstehen demnach sowohl durch individuelle Ermessensspielräume von Mitarbeiter*innen als auch aufgrund struktureller und institutioneller Diskriminierungen.

Studie:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2025/20251216_Studie_Buergergeld.html

- **Rassismusforschung Band II und Band III**

Der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) hat den zweiten und den dritten Sammelband zur Forschung über Rassismus veröffentlicht. Darin wird ein interdisziplinärer Überblick über unterschiedliche Rassismus- und Diskriminierungsformen und die politischen Gegenbewegungen sowie über Rassismus in Strukturen und Praxisfeldern gegeben. In diesem Zusammenhang kann auch der Monitoringbericht des NaDiRa mit dem Schwerpunkt Rassismus und Wohnverhältnisse empfohlen werden. Der Bericht zeigt, wie rassistische Ungleichheiten den gesamten Wohnbereich prägen.

Sammelband II: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6751-6/rassismusforschung-ii/?number=978-3-8394-6751-0&c=313000000>

Sammelband III: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6752-3/rassismusforschung-iii/?c=313000000>

Bericht <https://www.rassismusmonitor.de/publikationen/wohnenbericht/>

- **Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat die neue „Mitte-Studie“ herausgegeben. Darin werden Verbreitung, Entwicklung und Hintergründe rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland untersucht. Obgleich die Mehrheit der Menschen in Deutschland demokratisch eingestellt ist und Sorgen wegen des zunehmenden Rechtsextremismus äußert, ist demnach in der Mitte der Gesellschaft eine Normalisierung bezüglich bestimmter antidemokratischer und menschenfeindlicher Aussagen zu beobachten.

Studie <https://www.fes.de/mitte-studie/news-seite>

- **Jugendengagement für Nachhaltigkeit**

Das Umweltbundesamt (UBA) hat einen Teilbericht zur Zielgruppenanalyse zu jungen Menschen, die sich bislang nicht für den Klima-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich interessieren und engagieren, veröffentlicht. Daraus werden Hinweise abgeleitet, wie Ansprache und Beteiligung bedarfsorientierter gestaltet werden können.

Bericht <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/jugendengagement-fuer-nachhaltigkeit-staerken-0>

- **Was Menschen bewegt – Anreize für nachhaltige Mobilität**

In einer Fachbroschüre des Umweltbundesamtes (UBA) wird untersucht, welche Faktoren nachhaltiges Mobilitätsverhalten fördern oder behindern. Die Autor*innen zeigen, wie Anreize wirken, wann sie sinnvoll eingesetzt werden können und welche Erfolgsfaktoren für die Umsetzung entscheidend sind.

Broschüre <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/was-menschen-bewegt-anreize-fuer-nachhaltige>

- **Geschlechtsbezogene Gewalt und Migration**

In einer Publikation des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) werden die Politiken und Maßnahmen zur Verhinderung von geschlechtsbezogener Gewalt an Migrant*innen in sieben EU-Mitgliedstaaten analysiert und verglichen. Auch wenn es solide Rechtsgrundlagen zum Schutz insbesondere von Frauen gibt, fällt die Umsetzung sehr unterschiedlich aus.

Studie (engl.) <https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/responding-gender-based-violence-context-migration-mapping-eu-member-states-policies-and-actions>

- **IAB Zuwanderungsmonitor geschlechterdifferenziert**

Der monatlich erscheinende Zuwanderungsmonitor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) weist seit Neuestem die wichtigsten Indikatoren für Frauen und Männer nach Nationalität separat aus. Somit können die Unterschiede in den Beschäftigungs- und Erwerbstätigkeitschancen von Frauen und Männern ausländischer Staatsangehörigkeit differenziert erfasst werden.

Zuwanderungsmonitor Dez. 2025

https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_2512.pdf

- **Gerichte kippen nun auch Karenzzeiten beim Krankentagegeld im Mutterschutz**

In den vergangenen Monaten haben zwei Gerichte klargestellt, dass vertraglich vereinbarte Karenzzeiten beim Krankentagegeld während der Mutterschutzfristen nicht angewendet werden dürfen. Grundlage ist § 192 Absatz 5 Satz 2 VVG, wonach der Verdienstausfall ab dem ersten Tag der gesetzlichen Schutzfrist auszugleichen ist.

Der Mutterschutz für Alle! e. V. sieht darin eine wichtige Stärkung für selbstständig tätige Frauen und weist zugleich darauf hin, dass unzutreffende Darstellungen zur Rechtslage auf staatlichen und verbandlichen Informationsseiten korrigiert werden müssen. Zugleich handelt es sich um den zweiten großen rechtlichen Erfolg innerhalb kurzer Zeit für selbstständig tätige Mütter, nachdem zuvor bereits diskriminierende Ausschlüsse in Inhaberausfallversicherungen beanstandet wurden.

Mehr lesen: <https://mutterschutzfueralle.de/aktuelles/gerichte-kippen-karenzzeiten/>

- **Dringender Handlungsbedarf: Umgangsverfahren und Sorgerechtsentscheidungen vor dem Hintergrund häuslicher Gewalt**

Dr. Wolfgang Hammer, Vortrag im Berliner Abgeordnetenhaus am 25.11.2025 anlässlich des Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen – ÜPFI-Veranstaltung „Insbesondere in Sorge- oder Familienrechtsverfahren wird entgegen menschenrechtlichen Verpflichtungen der Gewaltschutz betroffener Frauen regelmäßig missachtet.“

Zum Vortrag: https://www.berlin-stadtderfrauen.de/wp-content/uploads/2026/01/Vortrag-Berlin-_Abg_Dr.-Hammer.pdf

- **Worauf es bei der Bildung und bedarfsgerechten Förderung von Kita-Kindern ankommt**

Kita-Kinder haben sehr unterschiedliche Bedarfe. Insbesondere die Bildung und Entwicklung von Kindern mit nichtdeutscher Familiensprache oder einer Eingliederungshilfe stellen erhöhte Anforderungen an die pädagogische Arbeit. Für eine bedarfsgerechte Förderung aller Kinder müssten mehr Kita-Teams in Deutschland personell besser aufgestellt sein. Besonders deutlich sind die Unterschiede bei der fachlich empfohlenen Personalausstattung im Ost-West-Vergleich. Das von der Politik geplante Startchancen-Programm für Kitas könnte die Situation verbessern – wenn die Mittel dort zum Einsatz kommen, wo der Handlungsbedarf am größten ist.

Mehr infos: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/fruehkindliche-bildung/projektnachrichten/worauf-es-bei-der-bildung-und-bedarfsgerechten-foerderung-von-kita-kindern-ankommt?utm_medium=email&utm_campaign=Die%20Kita-strophe%20geht%20weiter

- **Teilzeit ist eine essenzielle Säule der Wirtschaft**

Zur aktuellen Diskussion um eine Einschränkung von Teilzeit-Möglichkeiten: Misstrauensklima sichert kein Fachpersonal und verhindert flexible Lösungen bei zunehmender Digitalisierung „Teilzeit ist angesichts des Fachpersonalmangels und der Digitalisierung eine essenzielle Säule der Wirtschaft“, ist sich Dr. Alexia Zurkuhlen sicher. Die Vorständin des Kuratoriums Deutsche Altershilfe (KDA) wundert sich, dass ausgerechnet aus dem Mittelstand eine Einschränkung des Rechts auf Teilzeitarbeit gefordert wird. „Wir beobachten in unserer Arbeit, dass Unternehmen sehr daran interessiert sind, Fachpersonal zu halten und dazu unter anderem flexible Teilzeitvereinbarungen treffen“, erklärte sie. Tatsächlich frage sie sich, so Zurkuhlen, ob den Antragstellern aus den Reihen der Wirtschaft die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risiken der geforderten Einschränkung bewusst seien.

ganze Beitrag: <https://kda.de/teilzeit-ist-eine-essenzielle-saeule-der-wirtschaft/>

- **Sammelband „Geschlechtergerecht gestalten. Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“**

Geschlechtergerechte Zeitpolitik: Zeitpolitische Fragen sind immer auch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit. EAF-Senior-Expert Hanna Völkle hat als Expertin für feministische Zeitpolitik am Sammelband „Geschlechtergerecht gestalten“ mitgewirkt.

Hinweise: <https://www.eaf-berlin.de/was-uns-bewegt/news/artikel/geschlechtergerecht-gestalten>

Sammelband: https://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/geschlechtergerecht_gestalten-18455.html

- **Mit Active Bystanding Diskriminierung bekämpfen**

Im Projekt Active Bystanding entwickelt die EAF Berlin gemeinsam mit Partnerorganisationen ein Konzept, um intersektionaler Diskriminierung und sexualisierter Gewalt an Universitäten und Hochschulen zu begegnen.

Trotz ihres Bildungsauftrags und ihres gesellschaftlichen Anspruchs auf Chancengleichheit sind Hochschulen und Universitäten nicht frei von diskriminierenden Strukturen und sexualisierter Gewalt. Laut der UniSAFE-Studie (2022), haben 62 % der Befragten mindestens eine Form geschlechtsspezifischer Gewalt an ihrer Hochschule erlebt. Immer wieder spielen dabei auch Machtungleichgewichte zwischen Lehrenden und Studierenden eine zentrale Rolle.

Mehr infos: <https://www.eaf-berlin.de/was-uns-bewegt/news/artikel/mit-active-bystanding-diskriminierung-bekaempfen>

- **Diversity-Befragungen: So wird Vielfalt im Unternehmen messbar**

Kurzleitfaden: Wer Diversity, Equity, Inclusion und Belonging im Unternehmen stärken will, braucht belastbare Daten. Der Kurzleitfaden von EAF-Senior-Expert Anna Sive gibt konkrete Tipps, was Organisationen bei Diversity-Umfragen und deren Umsetzung beachten sollten.

Mehr Infos: <https://www.eaf-berlin.de/was-uns-bewegt/blog/blogbeitrag/diversity-befragungen-so-wird-vielfalt-im-unternehmen-messbar>

- **Alternativbericht zur Istanbul-Konvention 2025**

Das Bündnis Istanbul-Konvention (BIK) hat am 19.11.2025 seinen Alternativbericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland veröffentlicht. Den Autor*innen zufolge zeigt er auf, dass weiterhin massive Lücken beim Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt bestehen und es an einer verbindlichen, bundesweiten Umsetzung der Maßnahmen fehlt. Als Konsequenz fordern sie u. a. eine verbindliche Gesamtstrategie, strukturelle statt projektbasierter Finanzierung und, dass Gewaltschutz Vorrang vor dem Umgangsrecht hat.

Vollständiger Bericht: https://www.buendnis-istanbul-konvention.de/wp-content/uploads/2025/11/DE_ONLINE_251120_Alternativbericht_2025_1.pdf

Forderungen: https://www.buendnis-istanbul-konvention.de/wp-content/uploads/2025/11/Forderung_251119_Alternativbericht_2025.pdf

Pressemitteilung: https://www.buendnis-istanbul-konvention.de/wp-content/uploads/2025/11/2_Pressemitteilung_251119_Alternativbericht_2025.pdf

- **Umgangsverfahren und Sorgerechtsentscheidungen vor dem Hintergrund häuslicher Gewalt**

Dokumentation der Veranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. in Kooperation mit dem Berliner Abgeordnetenhaus zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November 2025:

Unsere Veranstaltung griff in Anknüpfung an das Thema des vorhergehenden Jahres die Probleme von Frauen auf, die von häuslicher Gewalt betroffen und die in gerichtlichen Umgangsverfahren oder Sorgerechtsentscheidungen involviert sind. Als ein Grund für nicht erstattete Strafanzeigen gegen gewalttätige Partner waren Befürchtungen der Frauen benannt worden, diese würden sich nachteilig auf ihre Verfahren auswirken. Die Problematik ist umso brisanter, da es keine offiziellen Untersuchungen oder Zahlen dazu gibt.

Dokumentation: <https://www.berlin-stadtderfrauen.de/internationalen-tag-zur-beseitigung-von-gewalt-gegen-frauen-am-25-november-2025/>

- **Managerinnen-Barometer 2026 im DIW Wochenbericht 3/2026**

Mehrere Artikel u.a. zu Frauen in Spitzenpositionen großer Unternehmen: Weitere Fortschritte sind kein Selbstläufer; Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen: Aufwärtstrend der letzten Jahre kommt größtenteils zum Halt; Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Einschätzung fairer Löhne verringern sich mit weiblichen Vorgesetzten
zur Publikation

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.994680.de/26-3.pdf

- **Der wirtschaftliche Nutzen von Kinderbetreuung**

"100 Jahre DIW Berlin heißt auch: 100 Jahre Erforschung des Arbeitsmarktes. Dazu gehört die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt. Wir schauen zurück auf 100 Jahre

Wirtschaftsforschung am DIW Berlin und suchen nach ersten Anzeichen und Forschungsergebnissen zu der Frage nach Kinderbetreuung in den Wochenberichten der letzten 100 Jahre. Denn ganz so früh, wie man meinen könnte, kam das Thema zumindest in Westdeutschland nicht auf."

zum DIW Beitrag

https://www.diw.de/de/diw_01.c.932415.de/100_jahre_diw/der_wirtschaftliche_nutzen_von_kinderbetreuung.html

- **Gesellschaftliche Einstellungen zu Erwerbstätigkeit von Müttern und externer Kinderbetreuung**

"Die Förderung der Erwerbsintegration von Frauen und speziell von Müttern ist ein zentrales Thema der Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik. Entscheidend für eine Erwerbsaufnahme von Müttern sind dabei nicht nur die Bedingungen am Arbeitsmarkt und die vorhandenen Möglichkeiten der externen Kinderbetreuung, sondern auch die Einstellung zu Familie und Beruf. Vor diesem Hintergrund untersuchen wir die Normvorstellungen zur außerhäuslichen Betreuung von Kindern und zur Erwerbstätigkeit von Müttern."

IAB Kurzbericht <https://doku.iab.de/kurzber/2026/kb2026-02.pdf>

- **Mehr Gleichstellung – das ist auch gut für die Demografie**

Deutschlands niedrige Geburtenrate ist kein individuelles Problem. Es genügt nicht, höhere Einkommen für Eltern zu fordern. Es braucht eine radikale Gleichstellung. Deutschland steht vor einer seiner größten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen: dem demografischen Wandel. Die Geburtenrate liegt seit Jahrzehnten deutlich unter der Reproduktionsrate. In Deutschland beträgt sie aktuell 1,35 Kinder pro Frau – zu wenig, um die Bevölkerung stabil zu halten. Zum Vergleich: Für eine gleichbleibende Bevölkerungszahl wären rund 2,1 Kinder nötig.

Was zunächst wie eine Frage individueller Lebensentscheidungen erscheint, ist in Wahrheit ein Symptom eines tiefen strukturellen und kulturellen Wandels. Es geht um Werte, Chancen – und um Gleichstellung

zum DIW Beitrag

https://www.diw.de/de/diw_01.c.993647.de/nachrichten/mehr_gleichstellung_das_ist_auch_gut_fuer_die_demografie.html

- **Interview zum Anhören: Positiver Trend beim Frauenanteil in Führungspositionen hat sich zuletzt nicht fortgesetzt**

seit 20 Jahren wird der Anteil von Frauen in Führungspositionen im DIW Managerinnen-Barometer dokumentiert. Wie beurteilen Sie die Entwicklung über den gesamten Zeitraum? In den vergangenen 20 Jahren ist der Anteil der Frauen in den hohen Führungspositionen deutlich gestiegen. Im Jahr 2006 betrug er in den Vorständen der 200 umsatzstärksten Unternehmen außerhalb des Finanzsektors gut ein Prozent, im Finanzsektor zweieinhalb Prozent. Im Spätherbst 2025 lag der Anteil der Vorständinnen bei ungefähr einem Fünftel, genauer gesagt bei rund 19 Prozent in den umsatzstärksten Unternehmen außerhalb des Finanzsektors, knapp 22 Prozent in den Top-100-Banken und gut 21 Prozent bei den Top-60-Versicherungen.

zum Interview:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.994714.de/publikationen/wochenberichte/2026_03_4/positiver_trend_beim_frauenanteil_in_fuehrungspositionen_hat_sich_zuletzt_nicht_fortgesetzt_interview.html

- **Rechtsgutachten: Die verfassungsrechtliche Gleichstellungsverpflichtung und die Bedeutung der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten**

Das neue Rechtsgutachten im Auftrag der BAG kommunaler Frauen- und Gleichstellungsstellen liefert erstmals eine fundierte verfassungsrechtliche Einordnung der kommunalen Gleichstellungsarbeit und stärkt die Rolle kommunaler Gleichstellungsbeauftragter in allen Bundesländern. Das Gutachten stellt fest, dass kommunale Gleichstellungsarbeit keine freiwillige kommunale Zusatzaufgabe ist, sondern eine verfassungsrechtlich begründete Pflichtaufgabe. Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, die rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung aktiv durchzusetzen und bestehende strukturelle Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen. Kommunale Gleichstellungsbeauftragte leisten hierzu einen Beitrag, indem sie Gleichstellungspolitik vor Ort begleiten, Strukturen prüfen und Teilhabe stärken.

Es zeigt zudem, dass rechtspolitische Vorschläge, die institutionelle Gleichstellungsarbeit schwächen, etwa durch eine Herabstufung zur freiwilligen Aufgabe oder eine Verlagerung auf ehrenamtliche Strukturen, den verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genügen.

Das Gutachten und die Zusammenfassung der Ergebnisse finden sich hier <https://www.gleichberechtigt.org/rechtsgutachten-die-verfassungsrechtliche-gleichstellungsverpflichtung-und-die-bedeutung-der>

- **Kampagne #MehrAlsGuteVorsätze**

Feministische Bewegungen haben immer wieder gezeigt, dass gesellschaftlicher Fortschritt mehr braucht als gute Vorsätze. Angesichts globaler autoritärer und antifeministischer Tendenzen verweist die Kampagne #MehrAlsGuteVorsätze der Bundesstiftung Gleichstellung darauf, dass nachhaltige Geschlechtergerechtigkeit auf verlässliche Strukturen, politische Gestaltung und fundiertes Wissen angewiesen ist. Auch das ist eine zentrale Lehre aus der Geschichte feministischer Organisation.

Link: <https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/2025/12/29/mehralsgutevorsaeetze-fuer-geschlechtergerechtigkeit/>

- **ES REICHT! ÜBERALL!**

Weltfrauentage — Von Minneapolis bis Kabul: Frauen werden entrechtet, verfolgt, getötet. Am 8. und 9. März ist Widerstand keine Option mehr, sondern Pflicht Mehr zur verdi-Haltung unter <https://publik.verdi.de/ausgabe-202601/es-reicht-%C3%BCberall/>

- **Antwort der Bundesregierung - Drucksache 21/3319-**

auf die Große Anfrage u.a. der Fraktion der AfD zu „Förderung sowie Unterstützung von LGBTIQ- und Gender-Projekten sowie Abtreibung im Ausland“

Link: <https://dserver.bundestag.de/btd/21/033/2103319.pdf>

- **Literaturhinweis: Migrantische, muslimische und alevitische Organisationen in der Sozialen Arbeit**

Migrantische, muslimische und alevitische Organisationen nehmen eine wichtige Rolle bei der Erbringung sozialer Dienste und Leistungen in Deutschland ein. Dieses Themenheft gibt einen Überblick über die beteiligten Akteure und das Spektrum der Angebote.

Anhand von Studien und Praxisberichten werden aktuelle Herausforderungen erörtert, etwa die Qualifizierung und Professionalisierung der oft ehrenamtlich erbrachten Leistungen oder die Kooperation mit kommunaler Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden. 88 Seiten, kart., 18,20 Euro, ISBN: 978-3-7841-3790-2

Mehr Infos: <https://www.deutscher-verein.de/shop/produktdetail/archiv-nr-42025-migrantische-muslimische-und-alevitische-organisationen-in-der-sozialen-arbeit-archiv-nr-42025/>

- **Bericht über den 83. Deutschen Fürsorgetag (DFT) in Erfurt sowie Dokumentation auf der DFT-Webseite**

In der aktuellen Januar-Ausgabe des Nachrichtendienstes des Deutschen Vereins (NDV) finden Sie einen ausführlichen Bericht über den 83. Deutschen Fürsorgetag 2025 in Erfurt. 1.400 Teilnehmende diskutierten drei Tage lang. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, wie soziale Belange in den multiplen gesellschaftlichen Transformationsprozessen sichtbar gemacht und tragfähige Kompromisse gestaltet werden können.

Mehr Informationen <https://www.deutscher-verein.de/presse/detail/aus-dem-ndv-bericht-ueber-den-83-deutschen-fuersorgetag-dft-in-erfurt-sowie-dokumentation-auf-der-dft-webseite/>

- **Grüne Reihe: Zusammenfassung der Vorträge auf dem Bundesfachseminar 2025 des Deutschen Frauenring e.V. (DFR) zum Thema „Die Europäische Union: Internationale Akteurin und Verteidigerin der Demokratie**

Beispiel wurde ein Vortrag von Isabell Schömann, Frauenringsfrau 2025, zum Thema „Die EU auf dem Weg zu einem gendergerechten und inklusiven Arbeitsmarkt?“ gehalten. Der Vortrag wird in der "Grüne Reihe" auf der Homepage des DFR veröffentlicht.

Mehr: <https://deutscher-frauenring.de/>

- **"#EngagiertGeforscht mit der Humanistischen Hochschule Berlin: Sinn im Ehrenamt" Dokumentation und Hinweise**

Unter nachfolgendem Link findet ihr die gesammelten Mentimeter-Reflexionsergebnisse und die Präsentationsfolien des Online-Seminars: <https://cloud.d-s-e.de/s/qNBrmDDiLtDFLJW> . Hier werden alle Materialien der Online-Seminare der Reihe #EngagiertGeforscht 2026 gesammelt.

Mehr Informationen zur Studie und den Studienbericht findet ihr hier:

<https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/studienergebnisse/sinn-im-ehrenamt/>

Termine und Inhalte weiterer Webinare von #EngagiertGeforscht und die Aufzeichnungen vergangener Webinare findet ihr auf <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/aktuelles/engagiertgeforcht/>

- **Update Diversity & Leadership: Antifeminismus**

Die Akzeptanz gegenüber Vielfalt nimmt ab, Antifeminismus nimmt zu. Eine Gefahr für Gleichstellung, auch in Organisationen. Das neue Update „Diversity & Leadership“ beinhaltet aktuelle Zahlen und Fakten zu Antifeminismus, bietet Handlungsempfehlungen im Umgang und sammelt Studien und Neuigkeiten zum Thema.

Weitere Informationen: <https://www.eaf-berlin.de/was-uns-bewegt/news/artikel/update-diversity-leadership-antifeminismus>

- **Planer für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Ehrenamt**

Der neue Planer der EAF Berlin – gefördert vom Bundesfrauenministerium – unterstützt Kommunen, Parteien und Verwaltungen dabei, politische Strukturen familienfreundlicher und vielfältiger zu gestalten. Er bietet Reflexionsfragen und Checklisten, um die eigenen Rahmenbedingungen zu prüfen und übertragbare Lösungen, um Maßnahmen zu planen.

Mehr Informationen: <https://www.eaf-berlin.de/was-uns-bewegt/news/artikel/mit-kind-in-die-politik-gute-praktiken-fuer-die-vereinbarkeit-von-familie-beruf-und-kommunalpolitischem-ehrenamt-2>

- **Vereinbarkeit von Beruf & Pflege ist ein Schlüsselfaktor für Fachkräftesicherung im Gesundheitswesen**
Bericht vom Fachtag des Landesprogramms Vereinbarkeit Beruf & Pflege NRW mit einem Fokus auf Gesundheitsberufen

Immer mehr Pflegebedürftige, immer weniger Pflegefachkräfte: Durch den demografischen Wandel steuert Deutschland auf eine gewaltige Pflegelücke zu. Je nach Szenario liegt die Zahl der Pflegebeschäftigten im Jahr 2049 zwischen 280.000 und 690.000 unter dem Bedarf, der zu erwarten ist. Die Gesundheitsbranche steht bereits jetzt vor einer doppelten Herausforderung: Ein steigender Versorgungsbedarf trifft auf Beschäftigte, die zunehmend selbst Pflegeverantwortung tragen. Überdurchschnittlich viele Pflegefachpersonen – in der Mehrzahl Frauen – reduzieren ihre Arbeitszeit oder verabschieden sich für längere Zeit ganz aus dem Job, um private Pflegeaufgabe für An- und Zugehörige zu übernehmen. Bei der Fachtagung Ende 2025 des Landesprogramms Vereinbarkeit Beruf & Pflege NRW ging es deshalb um die Frage: Wie kann Pflegevereinbarkeit im Gesundheitswesen gelingen, und wie trägt sie zur Versorgungssicherheit und Fachkräftesicherung bei?

Mehr Informationen: <https://kda.de/vereinbarkeit-von-beruf-pflege-ist-ein-schluesselfaktor-fuer-fachkraeftesicherung-im-gesundheitswesen/>

- **Aufklärung tut not bei Weiterbildungen**

Viele wissen nicht, welche öffentlichen Weiterbildungsförderungen es in Deutschland gibt. So kennen rund zwei Drittel die Bildungszeitgesetze der Länder nicht. Das ergibt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie „Einstellungen zum Lebenslangen Lernen in der Bevölkerung – Sichtweisen auf Weiterbildung(Öffnet in einem neuen Fenster), Teilnahme an Weiterbildung“ von Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der Universität Gießen.

Mehr Infos: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-aufklarung-tut-not-74626.htm>

- **EU-Entgelttransparenzrichtlinie - Status Quo und Handlungsfelder**

Die vorliegende Studie untersucht, wie Unternehmen in Deutschland auf die neuen Anforderungen der EU-Entgelttransparenzrichtlinie (EU 2023/970) vorbereitet sind, welche Herausforderungen sie erwarten und welche Chancen sie in mehr Entgelttransparenz sehen. Die Ergebnisse bieten nicht nur eine Standortbestimmung vor dem Inkrafttreten der Richtlinie, sondern auch ein tieferes Verständnis dafür, welche Faktoren einen erfolgreichen Transformationsprozess begünstigen oder erschweren.

Zur Studie: <https://www.ibe-ludwigshafen.de/aktuelles/detail/eu-entgelttransparenzrichtlinie-status-quo-und-handlungsfelder/>

- **Fachveranstaltung "Wohnen in Neukölln - Herausforderungen und Perspektiven für Allein- und Getrennterziehende"**

Am 1. Oktober 2025 fand die Fachveranstaltung "Wohnen in Neukölln - Herausforderungen und Perspektiven für Allein- und Getrennterziehende" statt. 51 Teilnehmende, darunter Fachkräfte, Vertreter*innen der Verwaltung, betroffene Alleinerziehende und ihre Kinder, nutzten den Raum für einen fachlichen Austausch. Es wurden reale Herausforderungen und gute Praktiken sichtbar gemacht. Damit wurde ein Signal an die Politik gesendet, das konkrete Forderungen zur strukturellen Verbesserung des Zugangs zu Wohnraum im Bezirk enthält.

zur Berichterstattung: <https://alleinerziehende-neukoelln.net/fachveranstaltung-wohnen-alleinerziehende-2025/>

- **BROSCHÜRE | alleinerziehend - Tipps und Informationen, Ausgabe 26/2026**

Wo bekomme ich finanzielle Unterstützung? Was sind meine Ansprüche? Welche Rechte hat mein Kind? Der "Bundesverband der alleinerziehenden Mütter und Väter e.V." hat Tipps und Informationen zu Schwangerschaft und Geburt, Trennung und Scheidung, Vereinbarkeit von Kind und Beruf, Sozialhilfe, Kosten einer juristischen Beratung und manches andere mehr zusammengestellt. Das neu aufgelegte Taschenbuch kann kostenfrei beim Publikationsversand der Bundesregierung bestellt werden:

www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/alleinerziehend-tipps-und-informationen-733330

- **Dunkelfeldstudie LeSuBiA zeigt: Weniger als zehn Prozent der Gewalterfahrungen werden angezeigt**

Frauen, junge Menschen, Personen mit Migrationshintergrund und Angehörige der queeren Community sind besonders oft von Gewalt betroffen. Bundesfamilienministerin Karin Prien und Bundesinnenminister Alexander Dobrindt haben die Ergebnisse der Dunkelfeld-Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)“ vorgestellt. Ein Großteil von Gewalterfahrungen in Deutschland wird nicht angezeigt. Die Anzeigequoten sind unabhängig von der Form der verübten Gewalt durchgehend niedrig; sie liegt bei den meisten Gewaltformen unter zehn Prozent.

Innerhalb von (Ex-)Partnerschaften liegen die Anzeigequoten psychischer und körperlicher Gewalt sogar unter als fünf Prozent. Zur Pressemitteilung des BMI: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2026/02/lesubia.html>

Die Ergebnisse und weitere Informationen zu LeSuBiA finden Sie hier: www.bka.de/lesubia

Es werden einzelne umfangreiche Themenhefte veröffentlicht.

Themenheft I: Ergebnisse der Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)“ I - Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb von (Ex-)Partnerschaften

Infos unter:

https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/LeSuBiA/Ergebnisse_Publikationen/ergebnisse_node.html

- **Neue FRA-Studie: Antisemitismus in Europa bleibt auf hohem Niveau**

Die EU-Grundrechteagentur (FRA) beobachtet seit Jahren die Entwicklung des Antisemitismus in Europa. Seit dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist die Intensität antisemitischer Vorfälle nicht zurückgegangen. Vielmehr bleibt Antisemitismus europaweit auf einem hohen Niveau bestehen.

In ihrer neuesten Studie untersucht die FRA, wie europäische Staaten Antisemitismus erfassen. Im Mittelpunkt stehen dabei Hassrede, Diskriminierung und andere Verletzungen von Menschenrechten. Eine verlässliche Erfassung dieser Vorfälle ist eine zentrale Voraussetzung, um wirksame Gegenmaßnahmen zu entwickeln und Betroffene zu schützen.

Mehr Infos: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/neue-fra-studie-antisemitismus-in-europa-bleibt-auf-hohem-niveau>

- **Subjektive Diskriminierungserfahrungen in der SOEP - Hauptbefragung 2022**

Daten zu subjektiven Diskriminierungserfahrungen sind entscheidend, um unterschiedliche Betroffenheiten sichtbar zu machen, ein besseres Verständnis von Diskriminierungsdynamiken zu gewinnen und gesellschaftlichen sowie politischen Handlungsbedarf gezielt zu identifizieren. Bisher gibt es jedoch keine ausreichende Datenbasis für eine umfassende Diskriminierungsberichterstattung, die alle im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützten Diskriminierungskategorien

sowie verschiedene Lebensbereiche abdeckt.

Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die jährlich etwa 30.000 Menschen in rund 20.000 Haushalten befragt

Weitere Informationen über die Studie:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/forschungsprojekte/DE/SOEP_Hauptbefragung_sub_DiskrErf.html?nn=305126

- **Modernisierung des Sozialstaats: Empfehlungen der Kommission übergeben**

Am 27. Januar 2026 nahm Bundesministerin Bärbel Bas die Ergebnisse der Sozialstaatskommission entgegen. Die aus Vertreter*innen von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden bestehende Kommission hatte über einen Zeitraum von fünf Monaten hinweg Empfehlungen zur Modernisierung des Sozialstaats erarbeitet und dabei Vertreter*innen von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden sowie externe Expert*innen einbezogen. Der Abschlussbericht enthält 26 Vorschläge zur Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit, Effizienz und Digitalisierung, ohne das soziale Schutzniveau zu reduzieren. Unter anderem werden Rechtsvereinfachungen, klarere Begrifflichkeiten, Pauschalierungen, digitale Antragstellungen und ein verbesserter Informationsaustausch zwischen Behörden empfohlen. Bundesministerin Bas bezeichnete das Paket als ambitioniert und betonte, dass Bund, Länder und Kommunen die Vorschläge gemeinsam umsetzen sollen, um sozialstaatliche Leistungen einfacher, gerechter und effizienter bereitzustellen.

Weitere Informationen:

<https://www.bmas.de/DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2026/baerbel-bas-nimmt-ergebnisse-der-sozialstaatskommission-entgegen.html>

- **Vorhabenplanung 2026 des BMBFSFJ: »Bessere Bildung – Starke Familien – Resiliente Demokratie«**

Mit der Vorhabenplanung 2026 hat das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) seine politischen Schwerpunkte unter dem Leitmotiv »Bessere Bildung – Starke Familien – Resiliente Demokratie« für dieses Jahr vorgestellt. Im Bereich Bessere Bildung stehen unter anderem ein gemeinsamer Bund-Länder-Arbeitsprozess für Bessere Bildung, die weitere Umsetzung des Startchancen-Programms oder der Digitalpakt 2.0 im Mittelpunkt. Ziel ist es, Chancengerechtigkeit zu stärken und die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems nachhaltig zu verbessern. Unter dem Schwerpunkt »Starke Familien« plant das Ministerium unter anderem Reformen beim Elterngeld, Maßnahmen im Bereich Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt oder die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe. Mit dem Leitgedanken einer Resilienten Demokratie verbindet das Ministerium die Etablierung eines Bundesgesellschaftsdienstes, die Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland sowie die Weiterentwicklung und unabhängige Evaluation des Bundesprogramms »Demokratie leben!«. Zukünftige Schwerpunkte des Programms sollen »Extremismusprävention im digitalen Raum sowie zur Islamismus- und Antisemitismusprävention sowie Demokratiebildung in der Arbeits- und Unternehmenswelt« sein. Hierfür ist als nächster Schritt eine Überarbeitung der Förderrichtlinie für Förderungen ab 2025 vorgesehen. Ziele der Überarbeitung sind: 1. Neue Struktur und Inhalt, 2. Mehr Anbindung an Regelstrukturen, z. B. Schule und Sport, 3. Mehr Reichweite durch neue Schwerpunkte, z.B. digitaler Raum, 4. Anpassungen der Evaluation.

Weitere Informationen: <https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2026/01/27/Document-Vorhabenplanung.pdf>

- **Sachsen übernimmt 2026 den Vorsitz der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz**

Zum Jahresbeginn 2026 übernimmt der Freistaat Sachsen den Vorsitz der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz (GFMK) von Nordrhein-Westfalen. Damit wird Sachsen für ein Jahr zum zentralen Koordinierungs- und Abstimmungsforum der Gleichstellungspolitik in Deutschland. Die sächsische Gleichstellungsministerin Petra Köpping stellt den Vorsitz unter das Leitthema »Gleichwertige Teilhabe durch Ressourcengerechtigkeit«. Im Mittelpunkt stehen insbesondere die Bekämpfung von Frauenarmut und der Abbau struktureller Barrieren beim Zugang zu Einkommen, Bildung, Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe, wobei der Fokus auf mehrfach benachteiligten Gruppen liegt. Die Hauptkonferenz der GFMK ist für Juni 2026 in Dresden vorgesehen. Weitere Informationen: <https://www.medienservice.sachsen.de/medien/news/1093408>

- **Vertrauen in politische Institutionen hängt mit dem Gefühl gesellschaftlichen Eingebundenseins zusammen**

Eine aktuelle Auswertung des Deutschen Alterssurveys zeigt, wie stark das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure ausgeprägt ist. Die Analysen erfolgten vor der Überlegung, dass grundlegendes Vertrauen in politische Institutionen und Akteure gerade in Krisenzeiten notwendig ist. Denn Folgen dieser Krisen, wie Inflation oder Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen oder energiesparendes Verhalten werden eher von Menschen mitgetragen, die grundlegend in politische und ausführende Institutionen vertrauen.

Die detaillierten Ergebnisse sind nachzulesen in: Klasen, L. J., Kelle, N., Bünning, M. & Keller, N. (2026). Politisches Vertrauen und wahrgenommene soziale Exklusion in der zweiten Lebenshälfte [DZA Aktuell 01/2026]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

<https://doi.org/10.60922/hw6c-hh79>

Pressegrafiken zum Download: <https://www.dza.de/presse/download-pressegrafiken>

- **Verbändeaustausch bei Bundesfrauenministerin Prien über ökonomische Eigenständigkeit**

Wirtschaftliche Eigenständigkeit ist eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Doch genau das liegt für viele Frauen in Deutschland in weiter Ferne. Rund ein Drittel fühlt sich finanziell abhängig vom Partner. Und über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen kann langfristig nicht vom eigenen Einkommen fürs Alter vorsorgen.

Um dieses Problem zu begegnen, lud Bundesfrauenministerin Karin Prien vergangenen Donnerstag zum Verbändeaustausch ins Familienministerium. Dr. Beate von Miquel, Vorsitzende des Frauenrats, kritisierte bei der Zusammenkunft zahlreicher Fachverbände, dass die Politik die strukturellen Hürden nicht abbaue, die sich zwischen Frauen und ihrer ökonomischen Eigenständigkeit auftürmten. Stattdessen lockten falsche staatliche Anreize wie Minijobs, Ehegattensplitting und kostenlose Mitversicherung Frauen weiterhin in die Teilzeitfalle.

Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen präsentierte die DF-Vorsitzende als Win-Win-Situation auch mit Blick auf die fiskalischen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht: Frauen könnten dann nicht nur ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, sondern stärkten gleichzeitig den Wirtschaftsstandort substanziell. Grundvoraussetzung dafür seien Männer, die mehr unbezahlte Arbeit rund um Kinder, Angehörige und Haushalt schulterten und eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur. Aufgaben, für die der Staat die finanziellen Mittel im eigenen Interesse bereit stellen müsse.

Info: <https://www.frauenrat.de/verbaendaustausch-bei-bundesfrauenministerin-prien-ueber-oekonomische-eigenstaendigkeit/>

- **Kinderbetreuung Kein Verlass**

Längere Arbeitszeiten: Wie soll das gehen? Eltern haben schon jetzt enorme Schwierigkeiten, Job und Familie unter einen Hut zu bringen. Es fehlt an verlässlicher

Kinderbetreuung.

Mehr Infos: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-kein-verlass-75027.htm>

- **Vollzeit mit 70?**

Beschäftigte im Rentenalter werden die Fachkräftelücke nicht schließen. Daran ändert auch die Aktivrente nichts.

Mehr Infos: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-vollzeit-mit-70-75026.htm>

- **Zeit statt Geld**

Tarifliche Wahloptionen geben Beschäftigten die Gelegenheit, sich zwischen höherem Verdienst und zeitlicher Entlastung zu entscheiden. Die Mehrheit wählt mehr Zeit.

Mehr Infos: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-zeit-statt-geld-75023.htm>

- **Lieber nicht flexibel**

Unternehmen betonen gern ihre Flexibilität. Wenn Bewerber nach beweglichen Arbeitszeiten oder Homeoffice fragen, reagieren aber noch immer viele ablehnend.

Mehr Infos: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-lieber-nicht-flexibel-75024.htm>

- **Rechtshandbuch für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte: Recht von A-Z für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte in der Öffentlichen Verwaltung, Unternehmen und Beratungsstellen**

Inwieweit hat sich die Erwerbstätigkeit in den letzten drei Jahrzehnten verändert? Dieser Frage geht die Finanzökonomin Juliane Roloff in der aktuellen Ausgabe des Rechtshandbuches für Frauen- und Gleichstellungs-beauftragte nach. Sie vergleicht die Jahre 1991 und 2024 und hat wenig überraschende Erkenntnisse zusammengetragen. Insgesamt ist die Anzahl der Erwerbspersonen in diesem Zeitraum angestiegen. Der Zuwachs ist im Wesentlichen auf die Steigerung des weiblichen Erwerbspersonenpotentials zurück zu führen. Auch die Erwerbstätigenquote von Frauen ist stark angestiegen und somit hat sich der geschlechtsbezogene Abstand signifikant verringert. Insbesondere der Anteil westdeutscher Frauen am Arbeitsmarkt ist stark gestiegen. Während der Anteil der Männer bei den Beamten sinkt, ist der Anteil weiblicher Beamtinnen deutlich erhöht. Wenig Veränderungen gibt es nach wie vor bei der Berufswahl. Hier lassen sich immer noch die gleichen Muster erkennen. Frauen sind häufiger im Dienstleistungsbereich anzutreffen, während Männer mehrheitlich im verarbeitenden Gewerbe tätig sind. Aus Sicht der Autorin hat sich berufliche Geschlechtersegregation in dem untersuchten Zeitraum weiter manifestiert. „Die geschlechterspezifische Arbeitsmarkt- und Berufssegregation besteht weiter fort und wird sich auch künftig mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht sehr abschwächen,“ resümiert Roloff. Das Thema Arbeitsmarkt bleibt also für Gleichstellungsbeauftragte weiterhin ein wichtiges Handlungsfeld.

Mehr Infos: Rechtshandbuch für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Dr. Sabine Berghahn und Ulrike Schultz (Hrsg.), Verlag Dashöfer, Hamburg, Stand 4/2025

- **Teilhabe und Zugehörigkeit in der Einwanderungsgesellschaft**

Wie lässt sich angesichts abnehmender Akzeptanz von unterschiedlichen ethnischen Herkunft und Religionen Teilhabe und Zugehörigkeit für möglichst viele Menschen ermöglichen? Dieser Frage geht eine Sonderauswertung zum Vielfaltsbarometer 2025 der Robert Bosch Stiftung nach.

Zur Sonderauswertung: <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/teilhabe-und-zugehoerigkeit-der-einwanderungsgesellschaft>

- **Gesetzlicher Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen**

Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention im Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) hat eine Stellungnahme mit Formulierungsvorschlägen zur Reform des Behinderten-Gleichstellungsrechts veröffentlicht. Zur Umsetzung der UN-BRK sei eine Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) dringend nötig.

Zur Stellungnahme DIMR: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/gesetzlichen-diskriminierungsschutz-fuer-menschen-mit-behinderungen-endlich-verbessern>

- **Familiäre Fürsorge über Grenzen hinweg**

Die Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) zu transnationalen Familien zeigen, dass Familienkonstellationen mit Angehörigen im Ausland ein fester Bestandteil des Familienlebens in Deutschland sind. Dies trifft insbesondere auf Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu. Die Autor*innen fordern eine Anpassung der Sozial- und Familienpolitik, die bisher vor allem innerstaatliche Familien adressiert.

Zu den Ergebnissen: <https://www.dezim-institut.de/publikationen/familiaere-fuersorge-ueber-grenzen-hinweg/>

- **Treue ohne Ausnahmen**

Das Bundestariftreuegesetz ist vom Parlament am 26.2.2026 beschlossen worden. Mehr Infos:

<https://www.dgb.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/bundestariftreuegesetz-beschlossen-dgb-meilenstein-fuer-faire-loehne/>

- **EU-ENTGELT-TRANSPARENZRICHTLINIE STATUS QUO UND HANDLUNGSFELDER**

Studie von Prof. Dr. Jutta Rump / Anna-Maria Ogermann Im Dezember (2025)

Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie verpflichtet Unternehmen ab 2026 zu deutlich mehr Transparenz, Objektivität und Nachvollziehbarkeit in Vergütungssystemen. Zentrale Ergebnisse im Überblick:

- Transparenz als strategisches Thema:
- Wahrnehmung der Richtlinie: überwiegend positiv:
- Status quo: fortgeschritten, aber heterogen:
- Ursachen für Pay Gaps: vielfältig und systemisch:
- Erwartete Effekte der Transparenz:
- Wirksame Maßnahmen zur Reduzierung von Pay Gaps:
- Herausforderungen: Größte Hürden liegen in Datenmanagement, Reporting, neuen Anforderungen im Recruiting, sensibler Kommunikation sowie kulturellen Anpassungsprozessen.
- Chancen: Die Richtlinie wird als Rückenwind für Professionalisierung, Fair-Pay-Strukturen, stärkere Mitarbeitendenbindung und eine moderne, vertrauensbasierte Unternehmenskultur gesehen.

Fazit: Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie gilt weniger als regulatorische Pflicht, sondern als Hebel für eine umfassende Modernisierung von Vergütungsstrukturen. Unternehmen erkennen sowohl den Anpassungsbedarf als auch das Potenzial, Transparenz als strategischen Wettbewerbsvorteil und kulturellen Entwicklungsschritt zu nutzen.

Mehr Infos: <https://www.ibe->

[ludwigshafen.de/fileadmin/ibe/Medien/Publikationen/ETG_Text_12.12.25.pdf](https://www.ibe-ludwigshafen.de/fileadmin/ibe/Medien/Publikationen/ETG_Text_12.12.25.pdf)